

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 10. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

Sitzungsdatum: 14. April 2021
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.20 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Christian Kellermann, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
Andreas Bammatter
Philippe Hofmann
Christoph Morat
Silvia Stucki
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Luana Bürr (Volontärin)
Rudolf Spinnler, Jurist (entschuldigt)

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Sandro Felice, Barbara Grange, Matthias Häuptli, Roman Hintermeister, Nico Jonasch, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian Kellermann, Roman Klauser, Patrick Kneubühler, Simone Meier, Niklaus Morat, Martin Münch, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Florian Spiegel, Claudia Sigel, Beatrice Stierli, Christian Stocker Arnet, Pascale Uccella, Henry Vogt, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Swen Wyss

Entschuldigt: Rolf Adam, Mehmet Can, Cetin Keles, Rita Urscheler

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24
18.33 Uhr 36 Anwesende = 24

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in das **Wahlbüro**, anstelle der zurückgetretenen Anja Frei, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Dominik Baumgartner

Geschäft 4555

2. Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 10.2.2021, betreffend
Partizipationsverfahren in gemeinderätlichen Berichten
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4552

3. Motion von Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion und
Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 8.12.2020, betreffend
Einrichtung einer gemeinderätlichen Kommission für Nachhaltigkeit
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4546

4. Bericht des Gemeinderates vom 10.2.2021, betreffend
Sondervorlage Wasserversorgung – Netzerneuerung Wasser
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4547

5. Bericht des Gemeinderates vom 11.11.2020, sowie Bericht der
Kommission für Bauwesen und Umwelt vom 21.3.2021 und Mitbericht der
Kommission für Kultur und Soziales, vom 17.3.2021, betreffend
**Freizeithaus Allschwil Ersatzbau Pavillon – Sanierung und
Optimierung H76 – Hegenheimermattweg**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4528 / A

6. Bericht des Gemeinderates vom 3.3.2021, zum Postulat
von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 22.1.2018, betreffend
**Strategische Ziele 18/28 des Gemeinderates für den
Bereich Altersbetreuung in Allschwil**
Geschäftsvertretung: GR Silvia Stucki Geschäft 4358 / B

7. Interpellation von Lucca Schulz und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 10.2.2021,
betreffend **Allschwiler Kriegsmaterialexporte**
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser Geschäft 4553 / A

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
- FRAGESTUNDE

Für das Protokoll:

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 10 vom 14. April 2021

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christian Kellermann

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Christian Kellermann, Präsident: Geschätzte Damen und Herren Einwohnerräte und Gemeinderäte, geschätzte Medienvertreter. Ich begrüsse Sie ganz herzlich zur Plenarsitzung vom 14. April 2021. Es sind mir keine Entschuldigungen eingegangen, verspätet gemeldet ist Claudia Sigel. Ich darf um Präsenz bitten. Es kam gerade noch eine Mitteilung: Cetin Keles und Rita Urscheler und Rolf Adam sind abwesend.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank. Ich möchte auch noch informieren, dass Ruedi Spinnler sich krankheitshalber abgemeldet hat und nun Luana Bürr ihn vertritt. Sie hat den Beginn schon prima gemeistert.

Wir gehen gleich weiter zu den Informationen des Einwohnerratsbüros. Wie gesagt gilt weiterhin die Maskentragepflicht. Wir bitten euch, diese auch am Platz zu tragen und wenn ihr sprecht, dann laut und deutlich ins Mikrofon, damit wir es auch gut verstehen und die Protokollantin es gut aufnehmen kann. Weiterhin gelten die Hygienemassnahmen, also Abstand halten. Denkt daran, dass ihr in der Pause nicht zu nah und nicht zu lang uns aufhalten. Die Verpflegung liegt wie immer auf. Man kann sie während der Pause am Platz oder ausserhalb des Gebäudes einnehmen. Nach der Sitzung werde ich wiederum darum bitten, den Saal hier zügig zu verlassen. Im Foyer dürfen Sie sich noch länger aufhalten. Es geht eigentlich nur darum, dass man den Raum hier abschliessen kann. Die Türen aussen werden nicht abgeschlossen, die verschliessen sich automatisch. Zum Schluss unserer Sitzung würden wir auch wieder darum bitten, das Mikrofon abzuschalten. Ich werde Sie am Schluss noch einmal daran erinnern. Wenn Sie während der Sitzung kurzfristig den Saal verlassen müssen, für eine biologische Pause, dann bitte ein Zeichen dem Stimmzähler geben, damit er es sehen kann und auch beim Abzählen Bescheid weiss.

Vielleicht auch noch eine Information oder eine Werbung. Es ist so, dass bereits zum dritten Mal die ganzen Unterlagen digital aufbereitet werden und mit der Einladung als Link gesandt werden. D.h. man kann über diesen Link eigentlich sämtliche Unterlagen digital einfach herunterladen. Dies als Hinweis zur Optimierung oder zum Schutz oder zur Nachhaltigkeit, damit jene, die auch tatsächlich auf die Digitalität zählen, es an Nicole Müller vom Sekretariat mitteilen, damit sie Bescheid weiss, dass sie es nicht mehr in Papierform senden muss. Es ist nun doch schon fast die Hälfte, die diese gute Sache nutzt. Das Ziel wäre, dass wir es auf 100 % hinbekommen. Es gibt vielleicht immer noch solche, die das Papier gerne in Händen haben, nichtsdestotrotz, noch einmal der Aufruf, damit wir früher oder später ganz auf die digitalen Unterlagen wechseln könnten.

Wir kommen zu den dringlichen Interpellationen. Eingegangen sind zwei dringliche Interpellationen. Die erste betrifft das Einwohnerratsgeschäft 4557, dringliche Interpellation betreffend Entscheidungsgrundlagen Abbruch Schulzentrum Neualschwil von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion. Für die dringliche Interpellation ist ein 2/3-Mehr gefordert. Ich gebe gerne das Wort an Andreas Bärtsch für die Dringlichkeit.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Die Dringlichkeit ist aus meiner Sicht oder aus der Sicht der FDP gegeben, weil das bereits ein laufendes Geschäft ist. Die Schulraumplanung läuft, und wir erhielten im Januar mitgeteilt, dass entschieden wurde, das Schulhaus abzubauen. Wenn wir das auf dem normalen Weg tun, habe ich die Befürchtung, wie es leider in diesem Gremium auch schon vorkam, dass solche Fragen dann auf die lange Bank geschoben wurden. Daher bitte ich den Rat, der Dringlichkeit stattzugeben, damit wir anschliessend Grundlagen haben, um über das viele Geld, das wir für die Schulraumplanung ausgeben dürfen, richtig beraten und entscheiden zu können. Merci.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank. Wir kommen zur Abstimmung der Dringlichkeit. Es ist ein 2/3-Mehr notwendig, das sind aktuell 24 Stimmen. Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, soll das jetzt mit Karte bezeugen. Bitte auszählen.

://:

Sie haben der Dringlichkeit mit 29 Ja, 2 Nein und 4 Enthaltungen zugestimmt.

Christian Kellermann, Präsident: Kommen wir zu den dringlichen Postulaten. Ich muss korrigieren: Ich habe zuvor gesagt es seien zwei dringliche Interpellationen. Das ist nicht der Fall. Es war nur eine. Es stehen nun zwei dringliche Postulate an.

Einwohnerratsgeschäft 4558, dringliches Postulat betreffend Sicherheit auf Allschwiler Strassen während der Bauzeit, von Nico Jonasch, FDP-Fraktion. Gerne gebe ich das Wort für die Dringlichkeit an Nico Jonasch.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Aus Sicht der FDP-Fraktion und auch aus meiner Sicht ist die Dringlichkeit wie folgt gegeben: die Baustelle dieser Umfahrung ist bereits im Gange, die Übersicht im Kreuzungsbereich ist sehr schwierig und schlecht. Daher dringlich. Danke.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir haben kein Papier. Ich habe keine Ahnung, worum es geht. Wir haben nichts zum Anschauen.

Christian Kellermann, Präsident: Das wurde mit den Unterlagen gesandt. Fehlt es noch bei jemand anderem? Bei Zweien? Es wurde per Mail gesandt.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Aber nicht in Papierform?

Christian Kellermann, Präsident: Wir können es gerne auflegen. Ist ein kurzes Time-out gewünscht? Lucca Schulz, ein kurzes Time-out? [ja] Also, wir machen ein kurzes Time-out, zwei Minuten.

TIME-OUT

Christian Kellermann, Präsident: Wie gesagt, man muss dieses Geschäft nicht zu Ende diskutieren. Es geht nur darum, nachher über die Dringlichkeit abstimmen zu können. Gut, nun würden wir gerne zur Abstimmung kommen. Wer dieses Postulat als dringlich erklären möchte, soll das jetzt mit der Karte bezeugen. Bitte auszählen.

://:

Sie haben dieser Dringlichkeit mit 21 Ja, 12 Nein und 2 Enthaltungen nicht zugestimmt.

Wir kommen zum nächsten, dringlichen Postulat. Es geht um das Einwohnerratsgeschäft 4563, dringliches Postulat betreffend Schutz des Wildes zur Hauptsetz- und Brutzeit von Florian Spiegel, SVP-Fraktion. Ich gebe das Wort zur Dringlichkeit Herrn Spiegel.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Die Dringlichkeit ist, so denke ich, selbsterklärend. Setz- und Brutzeit ist April bis Juli, und wir befinden uns genau in dieser Phase. Natürlich ist es mir bewusst, dass es ein Postulat ist, und der Gemeinderat dafür einen Zeithorizont hat, der darüber hinausginge. Ich denke aber, weil es ein wichtiges Thema ist, dass der Gemeinderat in seiner Arbeit in der Art professionell ist, dass, falls es überwiesen wird und er jetzt schon Mängel oder Ungereimtheiten feststellt, er trotzdem Massnahmen ergreifen wird ohne diese Frist verstreichen zu lassen. Daher denke ich, dass nun die Dringlichkeit für dieses Geschäft in der aktuellen Zeit gegeben ist. Ich danke für die Unterstützung.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dieser seine Stimme geben möchte, bitte jetzt mit Karte bezeugen. Wir müssen die Abstimmung wiederholen, wir kommen nicht ganz auf die richtigen Zahlen. Also, Stimmzähler bitte noch einmal Kugelschreiber bereitlegen! Wer für die Dringlichkeit ist, bitte jetzt die Karte hochheben. Herr Aellen, halten Sie eine Gegenstimme? [ja] Also bitte bis zum Schluss halten.

://:

Der Dringlichkeit wurde mit 20 Ja, 10 Nein und 5 Enthaltungen nicht stattgegeben.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zu den weiteren, eingegangenen Vorstössen. Einwohnerratsgeschäft **4559**, Interpellation betreffend gemeindeeigene Investitionen, Berücksichtigung des Allschwiler Gewerbes von Nico Jonasch, FDP-Fraktion. Ich frage Herrn Jonasch an, ob er das Wort für seine Interpellation wünscht.

Nico Jonasch, FDP-Fraktion: Ja, genau. Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die Interpellation kommt von mir, wie zuvor erwähnt. Und zwar würde es mich schlicht Wunder nehmen, wie das genau gehandhabt wird und ob es so gehandhabt wird, weil ich immer wieder aus Kreisen von Berufskolleginnen und -kollegen und anderen Unternehmern höre, dass sie von Seiten Gemeinde nicht berücksichtigt werden. Daher dachte ich, ich starte diese Interpellation. Es würde mich interessieren. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Eine weitere Interpellation ist das Einwohnerratsgeschäft 4560, betreffend Festlegung und Berechnung des Kinderunterhaltsbeitrags von Roman Hintermeister, FDP-Fraktion. Wünschen Sie das Wort? Ist nicht der Fall.

Des Weiteren das Einwohnerratsgeschäft 4561, kleine Anfrage betreffend Winterzeit ist Baumschnittzeit von Urs Pozivil, FDP-Fraktion. Es wird das Wort dazu nicht verlangt.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich gebe bekannt, dass die Traktandenliste rechtzeitig zugestellt wurde. Ich frage den Einwohnerrat an, ob es Anträge für eine Änderung gibt. Das ist nicht der Fall. Damit ist die Traktandenliste in vorliegender Form genehmigt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in das Wahlbüro, anstelle der zurückgetretenen Anja Frei, FDP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2024)
Wahlvorschlag: Dominik Baumgartner, Geschäft 4555

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es weitere Nominationen gibt. Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das auch nicht. Somit ist Dominik Baumgartner in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Postulat von Henry Vogt, SVP-Fraktion, vom 10.2.2021, betreffend Partizipationsverfahren in gemeinderätlichen Berichten
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 4552

Christian Kellermann, Präsident: Wenn kein Gegenantrag vorliegt und die Gemeindepräsidentin nicht unbedingt dazu etwas erwähnen möchte, wäre dieses Postulat überwiesen. Das Wort ist gewünscht, habe ich nun bemerkt. Gerne gebe ich es Nicole Nüssli.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, sehr verehrte Einwohnerinnen und Einwohnerräte. Wirklich nur ganz kurz, Sie konnten es in der Einladung zur heutigen Sitzung lesen. Der Gemeinderat ist bereit, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Er ist bereit zu prüfen, ob die Partizipationsberichte, welche wir bis jetzt immer auch schon abgeben, dies vielleicht in Klammern gesagt, ergänzt werden können, so dass der Einwohnerrat sieht, wie die Mitwirkungsverfahren abgelaufen sind, und wer welche Voten vielleicht auch im Rahmen eines entsprechenden Projekts abgegeben hat. So dass man auch wirklich sieht, wo die Meinungen liegen. Die Illusionen, möchte ich aber vorwegnehmen, muss ich auch, dass es 1:1 so umgesetzt werden kann, wie das in diesem Postulat erklärt wird, glaube ich oder glaubt der Gemeinderat kaum. Alle, die schon mal bei

irgendwelchen Projekten, welche in einem Mitwirkungsverfahren abgehandelt wurden, mitgearbeitet haben, wissen, dass es sehr schwierig oder nicht ganz einfach, sag ich mal, ist, herauszufiltern, was ist wirklich ein konkreter Antrag, wer formulierte welche Wünsche konkret. So dass man dann am Schluss sagen kann, jawohl, dieser Antrag wurde übernommen oder wurde eben nicht übernommen. Aber wie gesagt, die Transparenz ist dem Gemeinderat wichtig. Wir schauen, was wir tun können. Darum sind wir auch bereit, dieses Postulat entgegen zu nehmen. Vielen Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es einen Gegenantrag gibt. Wenn nicht, ist dieses Postulat überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Motion von Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion und Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 8.12.2020, betreffend
Einrichtung einer gemeinderätlichen Kommission für Nachhaltigkeit
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4546

Christian Kellermann, Präsident: Das Wort hat zuerst die antragstellende Person. Hier sind es zwei Personen... also Christian Jucker bitte.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat. Wir haben es uns lange überlegt, was wir damit machen. Wir verstehen, dass grundsätzlich bei der Gemeinde schon eine Kommission Umwelt, oder wie sie dann genau heisst, im Moment in Planung ist, und daher auch die Nichtentgegennahme dieser Motion geplant ist. Eine Kommission rein für Umweltfragen geht uns aber zu wenig weit. Denn wir denken, das Thema Nachhaltigkeit, bei dem die Umwelt ein Teil davon ist, auch auf der Ebene einer Gemeindekommission abgehandelt werden sollte. Wir wären deshalb bereit, diese Motion in ein Postulat umzuwandeln, um die Sache zu vereinfachen. Grundsätzlich wäre eine Motion schon möglich gewesen, man hätte aber das Geschäftsreglement und die Gemeindeordnung anpassen müssen. Darum würden wir es gerne in ein Postulat umwandeln und schreiben, dass der Gemeinderat gebeten wird zu prüfen, ob die geplante Kommission sich über Umweltthemen also auch um Themen der Nachhaltigkeit kümmern kann. Auch soll geprüft werden, ob der Name der Kommission in „Kommission für Nachhaltigkeit“ geändert werden kann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident. Ihnen liegt das Geschäft 4546 vor. Wie gesagt wurde, eine Motion für die Einrichtung einer gemeinderätlichen Kommission für Nachhaltigkeit. Das angesprochene Geschäftsreglement ist sonnenklar, eine Motion ist nicht zulässig, sondern wie gesagt ein Postulat. Dass wir nun das Reglement ändern, ist wohl nicht im Sinn des Erfinders. Von daher ist der Weg des geringeren Widerstands die Änderung des Vorstosses in ein Postulat, wenn das die Absicht ist. Das hier Angesprochene ist komplett richtig. Der Motionär rennt dabei offene Türen ein. Der Gemeinderat hat nämlich bereits beschlossen, nicht nur eine Umweltkommission, sondern eine Umwelt- und Energiekommission zu bilden. Sie heisst nicht abschliessend so, sondern sie bedient die beiden Ressorts, bzw. die beiden Ressorts enthaltenen Elemente. Die Kommissionen des Gemeinderats sind auch auf diese Art aufgebaut, übergreifend. Als ressortzuständiger Gemeinderat und zusammen mit dem Bereich BERU sind wir der Auffassung, dass diese Kommission, so wie wir sie ins Leben rufen, bereits verschiedene thematische Ansätze zu den entsprechenden Ressorts unterstützen soll. Sie soll beraten aber auch der Vollzug und die Arbeit der Gemeinde überwachen, Erfolgskontrollen durchführen und Vorschläge zuhanden des Gemeinderats ausarbeiten. Diese Kommission, für die der Name noch nicht feststeht aber den beiden Ressorts angegliedert sein soll, wird sich einer breit behandelten Thematik widmen. Allgemeine Umweltthemen wie Abfall, Lärm, Mobilität, Natur im Speziellen, oder vielleicht auch Energie- und Klimathemen, z.B. kommunale Energieplanung, Energieeffizienz, andere unterschiedliche, spannende Themen. Aber selbstverständlich ist die Nachhaltigkeit an sich ein zentrales Prinzip sowohl immanent als auch im Speziellen. Daraus lässt sich folgen, dass mit dieser Kommission und dem Verständnis für Nachhaltigkeit bei den vorhandenen, angesprochenen Themen dem Wunsch des Motionärs bereits entsprochen wird. Aktuell sind wir daran, Pflichtenhefte zu schreiben. Wie gesagt ist aus diesen Gründen die Motion eigentlich nicht entgegen zu nehmen. Dankeschön.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank, Philippe Hofmann. Nun haben wir aber gehört, dass diese Motion in ein Postulat geändert werden soll. Daher werden wir nun aktuell über ein Postulat abstimmen. Die Frage an den Gemeinderat: Wie würde es damit aussehen? Würde die Nichtentgegennahme so bestehen bleiben?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ja, wir bleiben dabei.

Christian Kellermann, Präsident: Es bleibt bei Nichtentgegennahme, auch wenn sie in ein Postulat geändert werden würde. Die Rednerliste für die allgemeine Beratung ist eröffnet.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank, geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich mache es kurz. Die SVP-Fraktion ist weder beim Postulat noch bei der Motion für eine Überweisung. Und zwar ganz klar, weil wir die Trennung der beiden Stufen, der Legislativen und der Exekutiven hochhalten. Wir sind ganz klar der Meinung, dass wir im Einwohnerrat selbst eine Bau- und Umweltkommission haben, in welcher die Parteien oder besser gesagt die Fraktionen ihre Vertretungen haben. Wenn die Fraktionen der Meinung sind, es wird einem Thema zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, haben sie die Möglichkeit via diese Kommission. Diese darf auch selbst bei Themen aktiv werden. Es ist nicht so, dass sie warten muss, bis sie durch den Gemeinderat mit irgendetwas bedient wird. Das war jenes Mal auch u.a. die Begründung, als man diese Naturschutzkommission eingestampft hatte. Als wir hier diskutiert haben, hiess es, die Kommission könne ja auch einen Teil davon übernehmen. Das ist eine Möglichkeit. Oder wir haben selbst die Möglichkeit, Vorstösse zu schreiben, wenn uns das Thema Nachhaltigkeit wichtig ist. Was wir aber nicht für richtig halten, ist, wenn wir nun als Einwohnerrat dem Gemeinderat vorgeben, welche gemeinderätlichen Kommissionen er für sich bestimmen muss. Da bin ich der Meinung, das ist seine Aufgabe. In diesem Bereich soll er selbst entscheiden, ob er es für nötig hält oder nicht, in Absprache mit der Verwaltung und in Bezugnahme auf die Stellen, die wir in der Verwaltung haben. Nun dem Gemeinderat vorzuschreiben, welche Kommission er als zusätzliche, gemeinderätliche Kommission ins Leben rufen soll, erachte ich als den falschen Weg und auch nicht als zielführend für die Zukunft. Denn, ich glaube, sonst hätte jede Fraktion noch Ideen für irgendwelche gemeinderätliche Kommissionen, die sie als sinnvoll erachteten. Ich bin der Meinung, man muss es dem Gemeinderat überlassen, ob er es wichtig findet, eine zu eröffnen oder nicht. Wir bleiben dabei, dass diese Arbeit für uns in den Rat oder in die Kommission gehört und unterstützen diese beiden Anträge nicht.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muss hier ein wenig differenzierter vorgehen. Schlussendlich war es der Einwohnerrat, der das Landschaftsreglement absegnete. Darin beschloss der Einwohnerrat, dass es eine solche Kommission gibt. Also eigentlich die gesetzliche Grundlage, dass der Gemeinderat eine solche Kommission einzusetzen hat, hat auch der Rat bestimmt. Der Gemeinderat ist in der Pflicht, eine solche Umweltschutzkommission zu haben, und hat sie abgeschafft. Nun fragt mich nicht, ob wir das zur Kenntnis genommen haben oder nicht. Jedenfalls müsste es sie geben. Ich glaube, die Anliegen dieser zwei Personen Einwohnerräte sind, diese wieder einzusetzen und vielleicht eben genau zu sagen, es gäbe vielleicht mehrere Themen, die abgedeckt werden können. Ich glaube, der Gemeinderat hat es auch so entgegengenommen. Dafür ist vielleicht ein Postulat wirklich das bessere Mittel. Aber nur schnell zum Festhalten: Eigentlich wäre sie vorhanden. Man hätte sie schon, und der Gemeinderat verstand auch die Auflage, als die GPK sie dem Gemeinderat nahegelegt hat. Einfach nur zur Präzisierung. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats. Wer dieses Postulat überweisen möchte, soll dies mit Karte bezeugen.

://:

Das ist ein sehr knappes Resultat. Das Postulat ist mit 18 Nein, 17 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 10.2.2021, betreffend
Sondervorlage Wasserversorgung – Netzerneuerung Wasser
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4547

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob das Eintreten bestritten ist. Wenn es nicht bestritten ist, übergebe ich das Wort sehr gerne an Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident. Ihnen liegt das Geschäft 4547, Sondervorlage Wasserversorgung und Netzerneuerung Wasser, vor. Der Gemeinderat beantragt Ihnen darin den Ersatz der erforderlichen Begleitmassnahmen zur Ausführung einen Kredit 3'260'079 Franken. Wieso überhaupt eine Sondervorlage? Im Bericht wird Ihnen in der Ausgangslage erläutert, dass aufgrund der Höhe des Betrags über 2,5 Mio. eine Sondervorlage notwendig ist. Hingegen ist der Gang an die Urne nicht notwendig, weil dazu die gesetzliche Grundlage nicht erfüllt ist. Die Vorgabe zur Erneuerung macht der sog. GWP, also der generelle Wasserversorgungsplan. Dieser fordert, dass jedes Jahr 2 % des gesamten öffentlichen Wasserversorgungsnetz erneuert werden muss. Allschwil hat rund 78 km, d.h. wir müssen pro Jahr 1,6 km ersetzen. Aufgrund des zweijährigen Budgetierungshorizonts sollen also 3,2 km Leitung ersetzt werden. Künftig werden wir über diese Praxis des zweijährigen Budgetierungshorizonts nachdenken, wahrscheinlich geht es in die Richtung einer Grösse eines Projekts oder zum einjährigen Zeitraum. Zu bemerken ist, dass dieser hohe Betrag ausserordentlich ist. Bis vor kurzem konnten wir die Leitungen vor allem im Zusammenhang mit Grossprojekten, wie z.B. dem Umbau der Baslerstrasse oder Hegenheimermattweg erneuern. Damit konnte man ein anderes Konto belasten und wir mussten es nicht über „Netzerneuerung“ abrechnen. Bei diesen, im Papier aufgeführten Projekten handelt es sich aber um Arbeiten, die einzig und allein aufgrund des Leitungszustands ausgeführt werden müssen. Trotzdem wird natürlich eine übergreifende Koordination zur Strassensanierung angestrebt und auch geplant. An dieser Stelle noch einen Ausblick. In Zukunft werden wir auch mit mehr Ersatzleistungen rechnen müssen. Der Grund ist darin zu sehen: In den 70er-Jahren baute man viele Leitungen. Das dort verwendete Material, sog. Graugussleitungen, sind schlicht und einfach in die Jahre gekommen. Sie erfüllen die heutigen Anforderungen an die Materialgüte nicht mehr. Wir rechnen mit einer Zunahme von korrosionsbedingten Ausfällen, das wäre möglich. Wir werden aber alle Anstrengungen und Planungen unternehmen, damit wir mit unseren Ressourcen und Kräften dieser Herausforderung entgegentreten können. Ein erster Schritt ist diese nun vorliegende Sondervorlage, mit der wir die vorgesehenen Leitungen auch tatsächlich in diesem Ausmass ersetzen können. Ich möchte Sie in diesem Sinn bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank, Philippe Hofmann. Somit ist die Rednerliste für die allgemeine Beratung eröffnet.

Martin Münch, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Mitglieder des Einwohnerrats. Vielen Dank für diesen Bericht. Ausser Diskussion, wir müssen wohl die 3,2 km Leitungen pro zwei Jahre reparieren bzw. ersetzen. Spannend ist einfach die rund halbe Million für Rissprotokolle, die da verwendet werden. Da wird ja nichts repariert, da werden einfach Protokolle erstellt, ob nun das Haus Risse hat oder nicht, damit man im Nachhinein feststellen kann, ob es noch Risse hat, nachdem gebaut wurde. Uns darf Wunder nehmen, woher die Zahlen kommen oder von welchen Zahlen man ausgeht. D.h. doch, jeder Meter kostet ungefähr 135 Franken und es entspricht ca. 13 % der gesamten Kosten. Das ist der einzige Punkt, der für uns etwas hervorsteht. Aber grundsätzlich ist klar, wir müssen es machen. Aber kommt nun jedes zweite Jahr eine solche Sondervorlage mit 3,2 km oder macht man jährlich 1,6 km wie es geplant ist? Das einfach vielleicht die Frage. Danke.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Frage 1 kann man damit beantworten, es ist zwar nicht so präzise aber es steht bereits im Bericht, dass nämlich sämtliche Kostenschätzungen Richtwerte sind. Somit sind auch die Rissprotokolle mit einem ¹⁾ versehen. Zur 2. Frage, die gestellt wurde: Nein, das wollen wir ja eben nicht. Es geht nun darum, dass wir diese Sondervorlage machen müssen, um nun auf ein anderes Konto abrechnen zu können. Die Idee ist nicht, dass man alle zwei Jahre wieder mit einer solchen Sondervorlage kommen muss, weil man exorbitant hohe Summen macht. Deshalb habe ich auch betont, dass es ein ausserordentlich hoher Betrag ist. Die Idee ist, dass man mit einer sauberen Planung und mit einer voraussichtlichen Möglichkeit des Unterhalts dieses Netzes der Situation so

gerecht werden kann. Das ist jedenfalls so, wie wir es anstreben. Wie sich die Leitungen dann in der Realität entwickeln und was tatsächlich eintritt, wissen wir nicht, das können wir zu wenig genau beeinflussen, geplant ist es so aber nicht.

Christian Kellermann, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich stelle fest, die Beratung über das Geschäft 4547 ist abgeschlossen, und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats, Seite 5.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Für den Ersatz der diversen Wasserleitungen und die erforderliche Begleitmassnahme zur Ausführung, der Zustandsaufnahmen der Liegenschaften im Einzugsgebiet der Baustellen, wird ein Kredit von CHF 3'260'079 inkl. MWST bewilligt. Wer dem zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben diesem Geschäft einstimmig zugestimmt.

Wer diesen Bericht als Ganzes abschliessen möchte, soll es bitte mit Karte bezeugen.

://:

Sie haben dieses Geschäft ebenfalls einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 5

Bericht des Gemeinderates vom 11.11.2020, sowie Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt vom 21.3.2021 und Mitbericht der Kommission für Kultur und Soziales, vom 17.3.2021, betreffend Freizeithaus Allschwil Ersatzbau Pavillon – Sanierung und Optimierung H76 – Hegenheimermattweg
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4528 / A

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Einwohnerrat zuerst an, ob Eintreten bestritten ist. Das ist nicht der Fall. Ich gebe das Wort sehr gerne zuerst an den KBU-Präsidenten, Andreas Bärtsch.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Zuerst eine redaktionelle Mitteilung zu Beginn an die Präsidentin der KKS: Ich würde starten und wäre froh, wenn du dann nach dem ersten Drittel deinen Teil einbringen kannst. Danach übernehme ich den Schluss, wenn das für dich in Ordnung ist? Sehr gut, herzlichen Dank. Zuerst einmal möchte ich mich ganz herzlich einerseits bei der KKS, die mit uns eine sehr gute Zusammenarbeit bei der Ausarbeitung dieses Geschäfts pflegte, aber auch bei der Verwaltung, die sehr präzise und sehr gute Unterlagen für uns vorbereitet haben und uns sehr gut im Rahmen der Bearbeitung dieses Geschäfts betreute, bedanken. Kinder-, Jugend- und Freizeithaus Allschwil hat sich über viele Jahre zu einem vielseitigen Betrieb mit heterogener Nutzungsstruktur entwickelt. Nun möchte die Gemeinde mit dem Ersatzbau für den im Jahr 1983 als Provision erstellten Holzpavillon auch die Infrastruktur für die älteren Nutzer, die Jugendlichen und Erwachsenen, den heutigen Bedürfnissen anpassen. Um die gewünschten Anforderungen des zukünftigen Neubaus herauszufinden, führte das Team des Freizeithauses unter der Obhut des Steuerungsausschusses der Gemeinde einen umfassenden Partizipationsprozess durch. Dessen Erkenntnisse flossen in ein Vorprojekt des Architekturbüros Rüdüsühli Ibach Architekten BSA SIA ein und wurden uns zur Beurteilung vorgelegt. Aufgrund dieses sehr umfassenden Prozesses seitens des Betriebs und auch des Zuschnitts des Gebäudes eben auf den Betrieb befand es die KBU als richtig, die KKS, die Kommission für Kultur und Soziales, zu einem Subbericht einzuladen, was sie sehr dankend entgegennahm und einen Bericht geschrieben hat, der nun die Präsidentin der KKS erläutern wird. Denn dies ist die Grundlage dieses Baus. Ich würde anschliessend noch die Erkenntnisse der KBU zum Baulichen erläutern.

Christian Kellermann, Präsident: Somit gebe ich sehr gerne das Wort an Miriam Schaub.

Miriam Schaub, KKS-Präsidentin: Vielen Dank, Andreas Bärtsch, dass ich bereits das Wort erhalte. Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte und alle anderen Anwesende. Im Namen der Kommission für Kultur und Soziales danken wir und auch ich für die Gelegenheit, dass wir im Rahmen eines Mitberichts zu diesem Geschäft Stellung nehmen konnten. Auf Wunsch der KBU haben wir den Fokus auf das Betriebskonzept und auf die Nutzeraspekte gelegt. Wir haben aber noch einen zweiten Aspekt geprüft, ich spreche nun auch gleich dazu. Und zwar hat die KKS von Ihnen, dem Einwohnerrat, den Auftrag, eine Synergieprüfung vorzunehmen zwischen dem Freizeithaus und dem Heimatmuseum im Veranstaltungsraum, der beim Heimatmuseum angedacht ist, und auch mit der Gemeindebibliothek. Ich möchte gerne betonen, dass dieser Auftrag noch nicht abgeschlossen ist, sondern erst der Teil Freizeithaus geprüft wurde.

Die KKS konnte ihre Sitzung im Freizeithaus vor Ort durchführen und sie hat sich das Gebäude und den Betrieb zeigen lassen. Wir sahen, dass der Betrieb genutzt wird: Vor und während unserer Sitzung rasten Kinder mit ihren Velos über die Dirtbahn und den Pumptrack, nach der Sitzung wurde der Workout Bereich und die Skater Rampe genutzt. Wir konnten auch die kompetente und gastfreundliche Leitung des Freizeithauses kennen lernen. An dieser Stelle möchte ich auch der Verwaltung und dem Freizeithaus danken.

Wie sie bereits gehört haben, muss der Pavillon ersetzt werden. Mit dem Ersatzbau ist die Chance ergriffen worden, das Gebäude optimal auf die Nutzung auszurichten. Durch den Neubau werden die verschiedenen Nutzergruppen voneinander getrennt und es können Konflikte vermieden werden. Das Raumangebot kann parallel genutzt werden und der organisatorische Aufwand für die Leitung wird verringert.

Die KKS lobt das FZH als Leuchtturmprojekt. Für viele Jugendliche ist es eine zweite Heimat, ein Ort, wo sie immer und ohne ihre Eltern hingehen können. Es bietet Kindern und Jugendlichen Raum für ihre Entfaltung und Entwicklung. Gerade junge Menschen sind für ihre Persönlichkeitsentwicklung auf Freiräume angewiesen. Im Freizeithaus haben die Jugendlichen Freiraum und trotzdem einen begleiteten Rahmen.

Die KKS lobt den stark partizipativen Prozess, der hinter dem Neubaukonzept steht: Durch die Bedarfserhebung und der Einbezug der Nutzer*innen, Besucher*innen, Schüler*innen in diversen Workshops, Befragungen und Gesprächen orientiert sich der gesamte Neubau an ihren Bedürfnissen. Dieser Prozess stärkt auch die Identifikation. Die Nachfrage zeigt, dass das FZH wirklich gewünscht ist und sich an den Bedürfnissen seiner Nutzer*innen und Besucher*innen orientiert.

Mit der heutigen Anordnung fehlt den Jugendlichen ein eigentlicher Rückzugsort, um unter sich zu sein. Dies führt mitunter zu Konflikten. Mit dem neuen Projekt wird der Jugendbereich und der Veranstaltungsbereich entflechtet, womit sich die Situation für die Jugendlichen massgebend verbessert. Die Kommission bewertet das Betriebskonzept als gut und ist der Meinung, dass der Neubau sehr gut darauf ausgerichtet ist.

Ich komme zu den *Synergien mit Bibliothek und Veranstaltungsraum*: Die KKS hat geprüft, ob eine Bibliothek auf dem Areal des Freizeithauses möglich und sinnvoll wäre: Die periphere Lage ist für das Jugendfreizeithaus ein grosser Vorteil. Die Jugendlichen sind unter sich, es gibt keine Lärmkonflikte aufgrund von Konzerten oder des Skaterpark. Trotz Anbindung an den öffentlichen Verkehr ist es aber nicht zentral gelegen. Auch sind wenige Parkplätze vorhanden. Aus diesem Grund wird es auch von gewissen Personen nicht genutzt. Eine moderne Bibliothek ist auch ein Begegnungsort und funktioniert nur an zentraler und attraktiver Lage. Um einen Mehrwert gegenüber den Filialen Basel West und Neubad der GGG-Stadtbibliothek zu bieten, müsste eine Allschwiler Bibliothek zentraler gelegen sein. Man muss auch bedenken, dass eine Bibliothek an diesem Standort nicht für ältere und mobilitätseingeschränkte Personen geeignet wäre.

Zum Synergiepotential mit Veranstaltungsraum oder Kulturraum:

Die KKS hat das Synergiepotential mit dem Veranstaltungs- oder Kulturraum, der im Langen Garten beim Heimatmuseum angedacht ist, geprüft und kam zu folgenden Schlüssen: Der Veranstaltungsraum im Freizeithaus eignet sich aufgrund seiner Grösse nur für Anlässe mit eher weniger Zuschauer. Kommerzielle Konzerte sind aufgrund der Saalgrösse nicht machbar. Zudem würden Konzerte oder Veranstaltungen, die sich an Erwachsene richten, dem Betriebskonzept widersprechen. Das Programm des Freizeithauses fokussiert auf die Zielgruppe Kinder, Jugendliche und Familien und entsprechend ist das Betriebskonzept soziokulturell ausgerichtet und nicht kommerziell orientiert. Der geplante Party- und Kursraum ist Ersatz für den «Saal Altbau», der jeweils am Wochenende für private Anlässe vermietet wird. Unter der Woche wird er für den Sek.-Mittagstisch und für Kurse genutzt. Er ist also schon fix belegt, die Auslastung ist hoch. Daher ist in diesem Raum keine längere Belegung z.B. durch eine Ausstellung möglich. Eine Ausweitung der Nutzergruppe widerspricht auch

der Idee, dass die Jugendlichen unter sich sein dürfen. Es besteht die Gefahr, dass man sie „vertreiben“ würde. Ein zusätzlicher Bau für einen Kulturraum oder eine Bibliothek findet auf dem Areal keinen Platz. Nutzerbefragungen haben gezeigt, dass der Freiraum sowie das Spiel- und Sportangebot aber auch Tierstallungen für die Kinder und Jugendlichen sehr wichtig sind und erhalten werden müssen. Wir haben unserem Kommissionsbericht deshalb noch Fotos und Pläne beigelegt, die das noch verdeutlichen.

Grundsätzliche Haltung der KKS nach Prüfung der Synergien: Aus diesen Gründen kommt die KKS zum Schluss, dass das weit fortgeschrittene Projekt Ersatzbau gefährdet oder um Jahre verzögert würde, wenn zusätzliche Räume für eine Bibliothek oder für kulturelle Veranstaltungen wie Ausstellungen oder Theater auf dem Areal integriert werden müssten. Viele Nutzende, Jugendliche, Besucherinnen und Besucher haben sich aktiv an diesem Prozess beteiligt. Eine jahrelange Aufschiebung wäre diesen engagierten Jugendlichen gegenüber nicht fair. Die Kommissionsmitglieder erachten eine Verknüpfung dieser Projekte am Standort des FZH als nicht sinnvoll und lehnen eine solche ab. Mit weiteren Bauprojekten am Hegenheimerweg 76 würde eine bestehende Oase verbaut. Der Ersatzbau ist wohlüberlegt, dient der Entwicklung des FZH und steht mit keinem bestehenden oder geplanten Allschwiler Raumangebot in direkter Konkurrenz. Er ist mit dem Betriebskonzept begründet und entspricht den Rahmenbedingungen des Gemeinderats.

Den Mitgliedern der KKS ist es wichtig, dass die Allschwiler Jugendlichen einen Freiraum und Rückzugsort haben. Einen Ort, wo sie unter sich sind. Einen Ort, wo sie sich bei Problemen, die sie vielleicht nicht mit den Eltern teilen, an jemanden wenden können. Wir wollen die Jugend nicht vertreiben, sondern wir wollen wissen, dass sie beim Freizeithaus sind und dass sie dort gut aufgehoben sind. Das FZH ist bei der Bevölkerung sehr beliebt und wird rege genutzt. Aus den dargelegten Gründen empfiehlt Ihnen die KKS einstimmig, von einer zusätzlichen Überbauung auf diesem Areal abzusehen und das Neubauprojekt rasch voranzutreiben. Deshalb beantragt Ihnen die KKS mit 7:0 Stimmen, dem modifizierten Antrag der KBU zuzustimmen. Nun, dies war gleich der Übergang wieder zu Andreas Bärtsch. Danke vielmals.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Herzlichen Dank, Miriam Schaub. Wie man hört, liegt diesem Bauwerk ein sehr umfassendes Betriebskonzept zu Grunde, welches breit abgestützt ist. Die KBU hat den Bau wie folgt beurteilt: Wir haben es in einem Geschäft beraten und kamen zum Schluss, dass die Setzung des Gebäudes und die Einbindung in den Bestand des Gebäudes richtig ist. Durch die Gebäudesetzung wird, wie wir zuvor gehört haben, die Freifläche, die hinter dem Haus sehr viel genutzt wird, auch weiterhin ohne Einschränkungen bespielt werden können. Die KBU begrüsst auch die Zugänglichkeit und die Grundrissgestaltung sowie der verfolgte Ansatz bei der Parkierung. Durch die Grundrissgestaltung können sowohl drei Gruppen getrennt den Bau besuchen. Es kann aber auch das ganze Gebäude von einer Gruppe genutzt werden, je nach Grösse. Mit der cleveren Anordnung des Lifts im Grundriss auf der Gebäuderückseite mit der Erschliessung durch Balken- oder Laubengängen auf der hinteren Seite ist es möglich, sowohl den Alt- wie Neubau in Zukunft radläufig zu erschliessen. Durch die Gebäudesetzung ist das Gebäudeensemble, bestehend aus dem Alt- und Neubau durch zwei Längsfassaden geprägt. Die sind jedoch durch die Materialisierung und Fenstergebung klar unterschiedlich und eindeutig durch den sehr markanten Eingangsbau und nun durch den Anbau ins Fassadenzentrum gerückt wird, getrennt. Die Kommission findet die Entwicklung der Fassade richtig, auch wenn sie noch nicht fertig ausformuliert ist. Die Kommission empfiehlt auch, die grosse Freifläche - wenn man die Ansicht des Gebäudes betrachtet auf der Rückseite, wo jetzt eine grosse Betonwand vorhanden ist, zu der man sagt, wir möchten diese in Zukunft als Boulderwand bespielen - als Freifläche bestehen zu lassen um weitere, zukünftige Projekte oder Entwicklungen, die im Jugend- und Freizeithaus sicher immer wieder stattfinden, entstehen können. Die Materialisierung wird hauptsächlich vom Bestand übernommen. Es ist eine robuste, einfache Materialisierung, entspricht dem Zweck und ist richtig.

Die Energieerzeugung: Man möchte auf die bestehenden Ressourcen zurückgreifen. Einerseits Gasheizung, die im Bestand ist und in Zukunft Kältespitzen abdecken soll. Andererseits möchte man durch eine zusätzliche Massnahme einen Wärmeverbund mit der bestehenden Holzschmelzeheizung des Familienfreizeithauses schliessen. Auch dieses Konzept findet die Kommission richtig. Hingegen bei der Stromerzeugung ist die Kommission der Ansicht, dass der Gemeinderat nicht ganz seiner Vorbildfunktion nachkam, die er bei uns im Einwohnerrat in Bezug auf grüne Energie oder Nachhaltigkeit immer wieder kundtut. In diesem Projekt ist beim Bau der Photovoltaikanlage nur geplant, die minimalen Anforderungen für den Minergie P-Standard zu erfüllen. Die Kommission KBU schlägt vor, dass man die maximal zur Verfügung stehende Dachfläche auf diesem Gebäude mit einer Photovoltaikanlage bestückt und durch einen Zusammenschluss zum Eigenverbrauch mit dem Familienfreizeithaus schaut, dass man möglichst viel des erzeugten Stroms in den eigenen Gebäuden nutzen

kann. Die Kommission stellte im Rahmen der Überprüfung fest, dass die Erdbebensicherheit beim Bestand in einem vereinfachten Verfahren nachgewiesen wurde. Das ist aus Sicht der Kommission für den Planungsstand ungenügend. Sie empfiehlt dem Gemeinderat, dass dazu noch ein detaillierter Nachweis der Erdbebensicherheit nachgeführt wird. Es sind im Moment auch keine Kosten für die Erdbebenertüchtigung in der Kostenschätzung eingerechnet. Aus Sicht der Kommission ist aufgrund der Investitionssumme das normgemässe Ziel von 1 zu erreichen, was wie für einen Neubau gilt. Die ausgewiesenen Bruttokosten von rund 3,2 Mio. entsprechen dem abgebildeten Planungsstand. Die Unschärfe von +/- 15 % entspricht der Planungsphase und ist aus Sicht der Kommission gerechtfertigt. Die Kommission empfiehlt dem Einwohnerrat, dass die Kosten der Mehrfläche für die PV-Anlage und die Erdbebenertüchtigung auf die ausgewiesenen Bruttokosten entweder aufgerechnet oder aufgrund der Planungsschärfe noch in die Kosten eingerechnet werden sollen. Die Kommission hat bewusst darauf verzichtet, erstens irgendein Kostendach festzulegen oder zweitens irgendeinen Betrag zu nennen, der noch aufgerechnet werden sollte, weil wir zu wenig tief in die Kosten sehen können, um es beurteilen zu können. Wir sind aber davon überzeugt, dass der Gemeinderat mit den Kosten sehr vorsichtig umgeht und die entsprechenden Werte noch einsetzen wird.

Aufgrund der vorgenannten Ausführungen möchte die Kommission für Bau und Umwelt den folgenden Antrag stellen:

Der Antrag des Gemeinderats 5.1 ist wie folgt anzupassen:

Für den Ersatzbau Holzpavillon und Umbau H76 wird ein Ausführungskredit von total 3'218'127 inkl. 7,7 % MWST zuzüglich der anfälligen Mehrkosten für die von der KBU vorgeschlagene Ertüchtigung der Erdbebensicherheit, die Vergrösserung der Photovoltaikanlage auf die gesamt mögliche Fläche und den Zusammenschluss zum Eigenverbrauch bewilligt.

Christian Kellermann, Präsident: Besten Dank für die detaillierten Ausführungen seitens KKS-Präsidentin Miriam Schaub und seitens KBU-Präsident Andreas Bärtsch. Ich gebe nun gerne das Wort an Gemeinderat Robert Vogt.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Vielen Dank, dass Sie mir Gelegenheit geben, auch noch etwas dazu zu sagen. Es ist so, dass die Ausgangslage sehr positiv ist. Der Holzpavillon ist, wie Sie wissen, am Ende seiner Lebensdauer. Es braucht eine Erneuerung. Zudem ist auch das Freizeithaus mit Baujahr 1993 veraltet und jetzt einem Erneuerungsbedarf unterworfen. Wie Sie auch schon von den Kommissionspräsidenten gehört haben, wurde eine betriebliche Optimierung durchgeführt. Das Betriebskonzept liegt vor. Daraus ging klar hervor, dass der Neubau auch andere Anforderungen hat und räumlich getrennt werden kann. Sie wissen auch, dass Sie im Jahr 2018 einen Beschluss für die Planung für diesen Bau gefasst haben. Ich bin auch stolz darauf, dass wir bei diesem Projekt wirklich ein veritables, wirklich ein Mitwirkungsverfahren hatten, das diesen Namen verdient. D.h. es konnten sich alle Akteure aktiv daran beteiligen. Ich war selber auch vor Ort und habe mich davon überzeugt. Ihnen liegt nun diese Sondervorlage vor. Ich kann als zusammenfassende Projektentwicklung festhalten: Die Anlage ist am richtigen Ort. Die Aussenräume haben wir hoch gewichtet, und sie werden weitgehend frei behalten. Der Neubau wird exakt dort stehen, wo nun der Pavillon steht. Die Nutzergruppen wurden aktiv miteinbezogen. Sie haben sich aber auch wirklich für den Neubau eingesetzt. Die Variantenstudie, die verschiedene Möglichkeiten aufzeigt, liegt auch Ihnen vor. Das Vorprojekt, welches Sie nun in dieser Sondervorlage finden, erfuhr im bisherigen Verfahren eine extrem breite Akzeptanz.

Ich komme nun zu den Vorschlägen der KBU. Es gibt drei mehr oder weniger Hinweise oder Anträge, wie sie auch in den gemeinderätlichen Anträgen korrigiert werden sollen. Ich möchte Ihnen kurz aufzeigen, weshalb der Gemeinderat anderer Meinung ist.

1. Erdbebenertüchtigung im Bestand: Hier, meine Damen und Herren, werden keine Mehrkosten anfallen, denn der Gemeinderat hat bereits schon vor zwei Jahren in Auftrag gegeben, dass alle öffentlichen Bauten systematisch auf Erdbebenwiderstand überprüft werden. Dabei wurde natürlich auch das Jugendhaus, über das wir jetzt sprechen, untersucht. Aus diesem Bericht der Firma Gruner kam klar hervor, dass keine Massnahmen im Bestand notwendig sind. Dennoch würden wir mit einem Bau- und Unterhaltsbudget einfache Ertüchtigungsmassnahmen im Bereich des Dachs vorsehen, was in diesem Bericht als einfach umsetzbare Massnahme erwähnt ist. Wir würden dabei 5'000 Franken im Rahmen des Unterhaltsbudgets ausgeben, welches dementsprechend die Sondervorlage nicht belastet. Null.

2. Es geht um die Vergrößerung der Photovoltaikfläche auf dem Dach des Erweiterungsbaus und des Bestands, dort gibt es auch noch leere Flächen. Der Gemeinderat ist halt sehr sparsam mit den Kosten umgegangen. Er sagte von Anfang an, dass dieses Projekt nicht in die Höhe schnellen darf. Deshalb sind wir im Gemeinderat der Meinung, dass man dort nun nicht einfach eine flächendeckende Photovoltaikanlage montieren soll, bevor wir nicht wissen, ob wir das Projekt unter diesem, Ihnen vorgestellten Budget abschliessen. Also möchte ich Ihnen beliebt machen, dass man auf diesen Antrag der KBU verzichten würde und eben nicht die Kosten zuzüglich dazu nimmt. Ich muss Ihnen dazu aber noch ein kleines Detail erklären: Eine solche Photovoltaikanlage lässt sich sehr gut abschätzen. Ich bin selbst auch beruflich als Energiefachmann unterwegs. Daher kann ich Ihnen heute sagen, dass die Grössenordnung der Investition für eine flächendeckenden Anlage ungefähr 100'000 Franken ausmachen würde. Was mich nun extrem stört, ist, wenn wir heute beschliessen, die 100'00 Franken ins Budget zu nehmen, das hätten Sie natürlich von uns erwartet, dann kommen wir auf 3,32 Mio., liegen wir über dem Kompetenzbereich des Einwohnerrats und müssen in eine Volksabstimmung. Das, meine Damen und Herren, will der Gemeinderat vermeiden. Deshalb schlage ich Ihnen vor, Sie würden uns das Vertrauen aussprechen und, falls wir Vergabeerfolg erzielen würden - wir haben ja eine Kostenschätzung wie Sie sehen von +/- 15 %, was mehr als 400'000 Franken Unterschied ausmachen kann. Hier wären ganz klar 100'000 Franken im Bereich des Möglichen, wo wir Ihren Auftrag klar entgegennehmen, das kam beim Gemeinderat, vor allem bei mir an - dann würden wir selbstverständlich diese Anlage bauen, wenn sie im Ihnen jetzt vorliegenden Budget Platz hat. Daher mein Antrag: Bitte nicht den Antrag erhöhen und zu einer Volksabstimmung führen. Das ist meiner Meinung nach nicht zielführend.

3. Zusammenschluss zum Stromeigenverbrauch: Wir würden zur Optimierung des Verbrauchs des Solarstroms - damit wir möglichst viel von diesem produzierten Solarstrom selbst verbrauchen können - die Liegenschaften zusammenschliessen. Dabei reden wir aber von einer sehr kleinen Investition, da geht es nämlich nur um ein Stromkabel, das die Stromzähler verbindet. Wie Sie schon aus der Energieerzeugung gehört haben, möchten wir ja diese Liegenschaften gemeinsam beheizen. D.h. wir haben schon ein Trasse, das die Häuser verbindet. Damit ist es nicht relevant, mit einem Stromkabel von einem Stromzähler zum anderen zu verbinden. Auch hier sage ich mal salopp: Zusammenschluss zum Stromeigenverbrauch führt zu keinen nennenswerten Mehrkosten gegenüber dieser Sondervorlage. Ich war ein wenig ausführlich, möchte aber an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass die Fotodokumentation auch Medienvertretern zur Verfügung steht. Sie können sich gerne im Anschluss an die Versammlung an mich wenden.

Zusammengefasst: Der Ersatz des Holzpavillons wird 2,3 Mio. Franken kosten. Die Sanierung des Hauses 76 wird 0,9 Mio. Franken kosten. Macht zusammen 3,2 Mio. Der Schwellenwert, der in Ihrer Kompetenz liegt, sind die 3,3 Mio. Fazit: Es benötigt einen Ersatz für den bestehenden Pavillon. Auch der Umbau des Jugendfreizeithauses ist an der Zeit. Daher beantrage ich Ihnen heute, dass wir die Traktanden 5.1, 5.2 und 5.3 gemäss den Anträgen unserer Gemeinderäte genehmigen würden. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Vielen Dank, Robert Vogt, für die ebenfalls detaillierten Ausführungen seitens Gemeinderats. Ich frage den Einwohnerrat an, ob ein Time-out vor der Besprechung gewünscht wird.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich beantrage ein Time-out.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Ich würde beliebt machen, dass wir erst einmal die Voten hören. Ich nehme an, es wird noch Voten geben. Wenn es dann immer noch ein Time-out benötigt, dann kann man ein Time-out machen. Aber ich glaube, wir sollten zuerst einmal über das Geschäft diskutieren.

Christian Kellermann, Präsident: Also über das Geschäft werden wir auf jeden Fall noch diskutieren. Es war lediglich die Frage, ob wir es vor der Besprechung machen wollen. Herr Ueli Keller...

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: [man hört nichts.]

Christian Kellermann, Präsident: Entschuldigung, mein Fehler. Ich habe den falschen Knopf gedrückt. Das Votum von Herr Keller war, dass die allgemeine Beratung geführt werden soll und ein Time-out im Anschluss. Vielleicht ergeben sich daraus zusätzliche Erkenntnisse, die man im Time-out

dann noch besprechen kann. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Somit eröffne ich nun die allgemeine Beratung.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen, lieber Robi. Ich muss dich präzisieren. In der Erdbebenertüchtigung gibt es drei Stufen von Berichten. Zuerst gibt es eine Grobüberprüfung, das ist das, was die Gemeinde Allschwil getan hat. Dabei werden die Liegenschaften der Gemeinde in einem einfachen Verfahren überprüft. Das ist aber kein Nachweis der Erdbebensicherheit, sondern eine Grobüberprüfung in einer ersten Flughöhe. Wenn man in ein Gebäude rund 3 Mio. oder über 3 Mio. investiert, sind wir der Meinung, dass man das Gebäude gemäss den heute gültigen Normen anschauen sollte und daraus die Schlüsse ziehen und sie in den Bau investieren. Daher möchte ich beliebt machen, dass man diesen Punkt so lässt, wie von der Kommission vorgeschlagen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Selbstverständlich kenne ich diese Stufe 1, 2 und 3 des Erdbebenachweises. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass Sie dieses Gebäude kennen. Es handelt sich um einen eingeschossigen Bau. Lassen Sie es mich richtig verstehen, eine wie von Herrn Bärtsch vorgeschlagene, umfassende Erdbebenüberprüfung verlangt nach einer richtigen Simulation. D.h. da investieren wir richtig fett. Bei einem Gebäude, bei dem wir nur 900'000 Franken investieren - es geht ja um den Bestand, der mit 900'000 Franken veranschlagt wird - würde das einen Grossteil des Budgets vernichten. Das ist bei einem eingeschossigen Bau aus Sicht der Firma Gruner völlig unangemessen, das würde sie nie empfehlen. Deshalb, die Sofortmassnahme, der Gemeinderat entscheidet sich ja dafür. Wir machen das selbstverständlich im Rahmen des Unterhalts. Aber eine Simulation Erdbebenertüchtigung für einen eingeschossigen Bau kommt nicht in Frage. Da haben wir genug andere, mehrgeschossige Gebäude wie Schulbauten, die viel wichtiger sind. Die sind zuerst an der Reihe.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Somit folgere ich daraus: Die Gemeinde Allschwil foutiert sich, was die Regel der Baukunst in der Schweiz ist, und setzt sich in diesem Fall darüber hinweg. Es sind nicht zehntausende Franken, die man in eine Simulation eines Gebäudes investiert. Im Rahmen der weiteren Planungsarbeiten würde das einem gehen, würde selbstverständlich gewisse Zusatzkosten auslösen. Aber, ich glaube, als Gemeinde kann man sich eine solche Aussage nicht unbedingt erlauben.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich möchte nun nicht einen Fachleutekrieg haben. Glauben Sie mir, es ist effektiv keine Pflicht. Auch der Ingenieur hat uns versichert, dass wir hier an der Spitze der schweizerischen Gemeinden sind, indem wir nun Sofortmassnahmen auslösen, die wir gar nicht müssten. Einfach damit Sie wissen: Die aktuelle Erdbebennormen sind sehr neu. Alle Gebäudebestände in der Schweiz werden in den nächsten vierzig Jahren angepasst. Das ist nicht Schnapp und fertig, sondern es braucht Zeit. Wir müssen im Moment gar nichts tun.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Also, ich spreche nun noch zum letzten Mal. Im Kanton Basel-Stadt ist es im Baugesetz verankert, dass wenn man Eingriffe in die Substanz macht, man die Erdbebensicherheit ertüchtigen muss. Kanton Basel-Stadt. Die Region Basel liegt in der dritthöchsten von vier Erdbebenzonen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es in Basel ein Erdbeben gibt, ist relativ hoch, höher wird nur noch das Wallis gewichtet. Es ist richtig, was Robert Vogt sagt, im Kanton Basel-Landschaft ist man vom Baugesetz her nicht verpflichtet, die Erdbebensicherheit zu ertüchtigen. Aber noch einmal: Eine Gemeinde hat eine Vorbildfunktion und ich würde doch empfehlen, sie in diesem Projekt wahrzunehmen. Weil, da gebe ich Robert Vogt auch recht, wenn wir keine Investition machen, da hat er recht, dann müssen wir dort nicht ertüchtigen. Aber weil wir aber dort nun einen Neubau erstellen, investieren, soll das Gebäude untersucht und ertüchtigt werden, sofern es dann etwas zu ertüchtigen gibt.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich muss eigentlich Andreas Bärtsch Recht geben. Wir sind hier in einer Erdbebenzone. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir vor der Haustüre mit dem Kaiserstuhl einen Vulkan stehen haben. Dementsprechend haben wir auch Erschütterungen in unserer Region. Anderes Thema: Ich will euch an unsere Budgetsitzung erinnern, die wir letzten Dezember hatten. Da hatten wir wegen den Kosten eine ähnliche Diskussion um das Jugend- und Freizeithaus. Da ging es um Salamataktik. U.a. haben wir auch erwähnt, dass genau das mit der Solaranlage passieren wird, dass sie nicht komplett aufs Dach kommt. Aus dem einfachen Grund, damit man unter den 3,3 Mio. bleibt. Das nenne ich Salamataktik, wenn es dann nachträglich gemacht wird.

Christian Kellermann, Präsident: Darf ich schnell unterbrechen? - Darf ich schnell unterbrechen? Ich glaube, es hört dir, Henry Vogt, nur die Hälfte zu. Ich würde bitten; wir machen nachher ein Time-out, das haben wir gesagt. Jetzt in Ruhe hinsetzen und allen zuhören. Bitte.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Wie schon erwähnt, im Dezember habe ich es Salamitaktik genannt. Ich bin ganz klar für die Kostentransparenz, bin ganz klar dafür, dass man alle Kosten miteinbezieht und ganz klar ausweist. Wenn es wirklich über diese 3,275 Mio. steigt und es zu einer Volksabstimmung kommt, dann ist es halt so. Das ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Demokratie. Ich finde es fraglich, wenn der Gemeinderat eine Volksabstimmung vermeiden will. Dankeschön.

Sandro Felice, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident. Wir sind nun bei den Zahlen. Auch ich arbeite im Bereich von PV-Anlagen. Ich bin mit dem Betrag von 100'000 absolut nicht einverstanden. Auf dem Dach hat eine rund 30-kW-Anlage Platz. Die kostet ungefähr die Hälfte von 100'000. Insbesondere wenn man sie zusammen mit dem Gebäude baut. Zudem erhält man noch rund 10'000 Franken Subventionen. Gleichzeitig ist die kleine Anlage auch schon im Budget. Der Aufpreis, um diese Anlage zu vergrössern, ist nie und nimmer 100'000 Franken, nach meiner Meinung. Es gibt von Energie Schweiz ein Onlinerechner, in den man es eingeben kann, der eine grobe Schätzung macht. Auch dieser kommt nicht auf diesen Betrag.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte zuerst einmal dem Gemeinderat und den beiden Kommissionspräsidenten für die gute Erklärung zu diesem Projekt danken. Wir haben über das Projekt selbstverständlich auch in der Fraktion diskutiert. Wir finden das Projekt sehr, sehr gut. Für uns ist es sehr wichtig, dass wir eigentlich unter den 3,3 Mio. bleiben, damit wir hier darüber entscheiden können und nicht auf die Volksabstimmung gehen müssen. Ob nun diese PV-Anlage und Erdbebensicherheit; ich glaube, nun sind wir bei den Details in dieser Diskussion. Wir würden dem Gemeinderat folgen, so wie die Anträge bestehen. Wir hoffen, dass durch eine gute Vergabe die beiden Sachen doch noch, vor allem die PV-Anlage, finanziert werden kann.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Eine kleine Präzisierung zu vorhin: Auch die kleine Photovoltaikanlage ist nicht im Budget enthalten. Das ist eine Option. Selbstverständlich möchte der Gemeinderat diese innerhalb des Budgets umsetzen. Sie ist nicht in der Kostenschätzung enthalten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Damen und Herren. Nun sind wir bereits bei der Diskussion um die PV-Anlage. Ich wollte aber auch noch etwas zum Bericht der KKS und KBU sagen. Es kam aus unserer Richtung, damit man diese Extrarunde unternommen hat. Wir möchten uns jetzt bei beiden Kommissionen für die Arbeit bedanken. Wir sind der Meinung, dass das nämlich ein effektiv nützlicher Mehrwert darstellte. Man hat nun wirklich gesehen, sowohl haben sich Fragen erklärt im Bericht der KKS mit der Nutzung des Freizeithauses, das sind Synergien, das finden wir sehr gut. Deshalb haben wir auch gesagt, es ist okay, dass man die anderen Bereiche noch nicht getestet hat und nun trotzdem das Jugend- und Freizeithaus vorgezogen werden soll, das ist richtig. Ich finde, dieser Bericht ergab einen Mehrwert. Als auch der Bericht der KBU finde ich, ist sehr gut geschrieben und sehr zielführend. Wir werden als Fraktion auch den Anträgen der KBU, so wie sie geschrieben sind, folgen und unterstützen. Zur ganzen Sache mit Kosten und Finanzen: Ich denke schon, dass es nicht zielführend ist. Ich verstehe die Überlegung, dass man mit dem Unterschreiten der Kosten die Volksabstimmung umgehen will. Ich denke, es ist schade, wenn man bei einem Projekt, welches ja eigentlich - ich habe das Gefühl, das ist so, sonst würde jemand anders etwas anderes sagen - im Einwohnerrat ziemlich unbestritten ist. Es gibt, glaube ich, keine Fraktion, die nicht für das Jugend- und Freizeithaus ist, oder ich habe es bis jetzt nicht gehört. Ich denke, dass es nach so langer Zeit auch richtig ist, wenn wir ein Projekt auf den Tisch stellen, das einen Mehrwert für die nächsten 20, 30 Jahre hat. Das beinhaltet aber eben komplett alles. Das beinhaltet nicht nur die Benutzung des Objekts, sondern es beinhaltet auch den Bau des Objekts selbst. Ich finde es schwierig, wenn man dann über solches Zeug diskutieren müssen, wie Energiestadt und Nachhaltigkeit. Jetzt, da es auf dem Tisch liegt, will man das nun umgehen. Im Oktober 2019 reichte Fredy Rellstab ein Postulat betreffend PV-Anlage auf der Gemeinde ein. Es kam durch. Im November letzten Jahres legte man es dann dem Rat vor, dass man es umsetzen will. In derselben Sitzung wurde eine Interpellation beantwortet seitens der SP, wenn es mir recht ist, betreffend PV-Anlage auf gemeindeeigenen Gebäuden. Was mir bei beiden Geschäften, so ist es mir jedenfalls in Erinnerung, ziemlich klar war, dass der Tenor des Rats war, dass man das, wenn immer möglich nutzen will. Das kam von verschiedenen Fraktionen, weil es eine Technologie ist, die sehr gut in die Eigennutzung einbettbar ist. Gerade eben

auf gemeindeeigenen Bauten, die solche Grössen erreichen, hat sie wirklich einen Mehrwert. Ich muss dann lachen, wenn dann die Gemeinde im Jahr 2019 Info-Veranstaltungen durchführt mit dem Slogan „PV-Anlage jetzt“, einen riesigen Anlass durchführt, denn die Leute sollen es jetzt machen, und selber bei ihren eigenen Bauten macht sie es nicht. Das ist wie, wenn der Polizeichef eine Aktion macht für Velosicherheit und abends fährt er ohne Velohelm nach Hause. Das ist genauso unsinnig und unverständlich für die Bevölkerung. Deshalb unterstützen wir die von der KBU vorgebrachten Anträge. Gibt es Mehrkosten, dann soll man sie ausweisen und beziffern. Ich habe nun nicht das Gefühl, ich denke nicht, dass das bei diesem Projekt nicht nachvollziehbar ist, oder wir scheitern, wenn wir klar aufzeigen, dass die Notwendigkeit besteht. Die ist, denke ich, in der Bevölkerung auch unbestritten. Da muss ich sagen, ich habe hier nicht das Gefühl, dass wir uns verstecken müssen.

Mark Aellen, SP-Fraktion: Meine Stellungnahme ist mehr zum Verhalten. Ich sehe nicht wie Florian Spiegel, dass wir begründen, dass wir keine Volksabstimmung wollen. Ich höre nur, dass wir sie nicht wollen. Wenn man solche Äusserungen macht, fände ich es schon noch wichtig, dass man auch sagt, weshalb will man nicht, dass das Volk über ein Projekt abstimmt, das eine Kostenhöhe erreicht, die wir vorgesehen haben, dass es vors Volk gehen soll. Wie gesagt, wir haben das jetzt schon von anderen gehört, wenn das Projekt so aufgebaut wird, dass man über die Limite kommt, dann sollte man nicht hingehen und damit beginnen, Scheibchen abzuschneiden und zu sagen, hier lohnt sich eine PV nicht, wie Florian Spiegel ausgeführt hat. Wir haben es schon einmal gesagt, doch, es lohnt sich. Es wurde auch nirgends bestritten. Ich sehe es als eine sehr fragwürdige Sache, wenn man einfach nur ein Statement herauslässt, man möchte keine Volksabstimmung. Ich möchte schon hören, weshalb man sie nicht macht.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Zur Volksabstimmung und dazu, dass der Einwohnerrat so einig ist, und deshalb keine Angst vor einer Volksabstimmung haben muss, erinnere ich euch gerne an den Lindenplatz. Ich bin dagegen, dass man die Photovoltaikanlage diesem Projekt obendrauf knallt. Die Jugendlichen können nichts dafür, dass die Gemeinde auch noch Solarstrom erzeugen will. Ich würde einfach sagen, man erhöht die Option und sagt, wenn man diese Option machen will, dann ist es wirklich das ganze Dach. Das ist für mich ein separates Projekt. Von der Photovoltaik hat die Jugend rein gar nichts, erhält aber ein grosses Risiko, dass einfach mal alles grundsätzlich abgelehnt wird. Dieses Risiko gehen wir ein. Ich meine, wir als Einwohnerrat dürfen das auch entscheiden. Das ist ein gutes Projekt. Ich finde es schwierig, wenn man kommt und sagt, wenn wir im Einwohnerrat über Erdbbensicherheit diskutieren und uns überlegen müssen, ist das nun wichtig oder nicht. Gruner ist ein renommiertes Ingenieurbüro. Sie haben gesagt, man kann es so machen. Ich möchte einfach hier nicht darüber urteilen, ob Gruner das richtig gemacht hat. Sonst müssen wir noch einen Prüflingenieur haben, der die Sachen von Gruner überprüft und uns sagt, ob denn das von Gruner wirklich gut ist. Ich sage einfach, man kann schon noch Dinge einbringen, aber es muss einfach in den vorangeschlagenen Kosten Platz haben. Für die Jugend - damit sie bald und zeitnah ihres Haus erhalten. Merci.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion folgen einstimmig den Anträgen der KBU und KKS. Ich glaube, wir haben nun oft über diese Volksabstimmung gesprochen und ich muss ehrlich sagen, ich bin kein Bauexperte, ich weiss nun nicht, wie Gruner diese Dinge angehen. Wovon ich aber sehr überzeugt bin, ist, dass in diesen Berichten die Grundlage gut dargelegt wurde. Was ich sicherlich weiss, ist, man kann es schon mal auch so ansehen, es kann auch ein sehr schönes Statement sein, wenn es zu einer Volksabstimmung kommt und es von der Bevölkerung getragen wird. Ich bin sehr davon überzeugt, dass es von der Bevölkerung getragen. Denn es ist ein Leuchtturmprojekt. Das ist ein ausserordentliches Projekt. Es macht auch Spass, wenn man es anschaut und durchliest. Daher, meine Damen und Herren, folgen wir einstimmig den Anträgen der KBU.

Niklaus Morat, SP-Fraktion: Ich finde es schade, dass ich nun ausgerechnet meinem Fraktionskollegen widersprechen muss. Christian, du sagtest zuvor, die Jugend kann nichts dafür, dass Allschwil auch noch eine Photovoltaikanlage möchte. In den letzten zwei Jahren habe ich auf der Strasse wahrgenommen, dass das grösste Gefühl für Umweltschutz genau bei der Jugend liegt. Eigentlich alle anderen erfahre ich als Bremsen in dieser Sache. Ich persönlich möchte sagen, ich habe auch kein schlechtes Gefühl, wenn es zu einer Volksabstimmung kommt. Besten Dank.

Lucca Schulz, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Sie haben es gehört, in der SP-Fraktion schlagen sozusagen zwei Herzen. Wir stehen hundertprozentig hinter diesem Projekt. Wir sind auch hundertprozentig für diese PV-Anlagen. Die Frage ist doch nun einfach, ob wir diesem Antrag zustimmen und die PV-Anlagen garantieren oder ob wir ihm nicht zustimmen und sie dann

eventuell nicht kommen. Man sagt oft, drei Juristen - vier Meinungen. Wir haben nun zwei oder drei Techniker vom Fach. Der eine sagt, ja, es geht mit der Kostengenauigkeit, der andere sagt, es geht sicher nicht. Es ist nicht ganz einfach, da noch den Durchblick zu haben. Ich kann aber, glaube ich, auch sagen, dass die Mehrheit der SP-Fraktion hinter dem Antrag steht. Die Volksabstimmung, wie meine Vorredner, vor allem Urs Pozivil, gesagt haben, es könnte auch ein gewisses Statement sein, dass die Partizipation auch in der Bevölkerung vorhanden ist. Merci.

Andreas Bärtsch, KBU-Präsident: Sehr geehrter Herr Präsident. Nun muss ich gleichwohl noch einmal etwas sagen und zwar korrigierend. Ich glaube, ich habe nicht gesagt, dass Gruner schlechte Arbeit leistet oder falsche Aussagen macht. So etwas möchte ich mir in keiner Weise in den Mund legen lassen. Ich habe gesagt, dass die Untersuchung, die von der Firma Gruner gemacht wurde, nicht dieser Phase entspricht. Die Untersuchung, die Gruner gemacht hat, der Auftrag, der Gruner hatte, war nicht der, der in dieser Phase getan werden sollte. Sondern das war eine Analyse, eine einfache Analyse. Dies entspricht nicht der Phase. Ich habe in keiner Weise gesagt, dass Gruner irgendwie schlechte Arbeit geleistet hat. In keiner Weise. Das möchte ich einfach präzisieren. Zur Photovoltaikanlage: In unserem Bericht haben wir auch geschrieben, dass es z.B. eine Möglichkeit gibt, auf diesem Dach im Rahmen eines Projekts eine Photovoltaikanlage zusammen mit den Jugendlichen zu erstellen. Was die Kosten sicher auch noch einmal reduzieren würde. Das wäre auch noch eine Variante, die wir in Betracht ziehen könnten, wenn wir dann das Projekt umsetzen.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Wenn ich das falsch mitbekommen habe, tut mir das leid. Wenn Gruner den falschen Auftrag erhalten haben, dann ist das wie es ist. Ich würde dich allenfalls bitten, den Antrag der KBU dahingehend anzupassen, dass er im Budget Platz haben muss. Wenn es nicht Platz hat, muss der Gemeinderat einen Nachtragskredit in den Einwohnerrat bringen.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe vom Gemeinderat eine hervorragende Vorlage kennen gelernt. Flankiert von ausserordentlich guter Arbeit beider Kommissionen. Ich vertraue dem Gemeinderat grundsätzlich, dass er diese Interessen, welche die KBU zusätzlich einbrachte, bestmöglich berücksichtigen wird. Ich möchte aber jetzt langsam aber sicher ein Time-out.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Es wurde grundsätzlich schon ganz viel gesagt. Ich bin ja weiss Gott auch nicht Fachfrau. Ich habe mich einfach im Rahmen dieser Diskussion, in der wir hier nun eigentlich als Einwohnerrat - darauf möchte ich auch hinweisen - über Dinge entscheiden müssten, sprich: wann ist etwas erdbebensicher, wann muss saniert werden usw., jetzt aber mit Entscheidungen konfrontiert werden, auf die wir uns gar nicht vorbereiten konnten und die meisten von uns ja keine Fachleute sind. Meines Wissens muss z.B. der Bau einer Photovoltaikanlage nicht zwingend im gleichen Moment mit einem Neubau und einer Sanierung stattfinden. Nicht-Einbinden des Jetzigen heisst nicht, dass es sie in näherer Zukunft nicht gibt. Das ist nun wirklich etwas, was jeder Hauseigentümer weiss, man kann sich jederzeit entscheiden, ob man das nicht allenfalls auch zu einem späteren Zeitpunkt noch auf sein Dach bauen will. Es erscheint mir wirklich als sinnvoll, allenfalls eine Bindung an das bestehende Budget vorzunehmen und ansonsten zu vertrauen, dass wir alle, der Gemeinderat aber auch wir als Einwohnerrat, das im Auge behalten. In Bezug auf das Gebäude möchte ich sagen: Ist das wirklich ein Eingriff in die Substanz, wenn man saniert? Wir reden bei der Erdbebensicherheit über jenen Teil, der ja nicht neu gebaut wird, sondern einfach angepasst wird und an den Neubau angebaut wird, damit dann alles auch ineinanderfliesst und zusammen Sinn macht. Der wird aber nicht komplett in seiner Struktur verändert. Das Gebäude bleibt so wie es ist bestehen. Darauf möchte ich auch noch hinweisen, weil es geheissen hat, bei einem Eingriff in die Substanz müsse es in Basel-Stadt so geschehen. Ich weiss es nicht, aber ich habe grosse Zweifel, ob die Voraussetzungen bei diesem Projekt, das wir im Moment anschauen, überhaupt gegeben sind. Dankeschön.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Zunächst einmal zum Verfahren möchte ich bemerken, dass wir schon erstaunlich lang über den Standpunkt des Gemeinderats und die Anträge der KBU diskutieren, ohne dass bis jetzt jemand den Antrag gestellt hat, es sei auf die Vorlage des Gemeinderats zurückzugehen. Ich möchte daran erinnern, dass wir gemäss dem Geschäftsreglement darüber abstimmen, was die KBU beantragt hat, solange niemand einen abweichenden Antrag stellt. Zur Photovoltaik muss man sagen: Es ist natürlich schon ein Unterschied, ob man auf das bestehende Gebäude etwas baut, oder ob man es gleich beim Neubau macht. Das kommt dann billiger. Ich denke, dass die Gemeinde hier eine Vorbildfunktion einnehmen müsste. Dasselbe gilt halt auch für die Erdbebenertüchtigung. Natürlich kann man es auf dem Mini-

mum belassen. Erwartet wird aber von der öffentlichen Hand, dass wir als Vorbild voran gehen und das tun, was nötig ist, wenn man schon so viel Geld in die Hand nimmt.

Christian Jucker, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eigentlich nur sagen wollen, dass jetzt Zeit für ein Time-out wäre. Ich sehe grundsätzlich, so wie ich es verstehe, sind alle für die Renovation oder den Neubau dieses Pavillons. Es geht nun eigentlich um die zwei Anträge der KBU. Ich glaube, es wäre gut, wenn man das schnell in der Fraktion besprechen könnte, was genau wir dazu zu sagen haben.

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Nur ganz schnell eine Verständnisfrage: Diese Unterlagen haben alle Fraktionen seit einem Monat. Alle hatten Fraktions-sitzung und konnten sich untereinander absprechen. Ich sehe den Sinn dieses Time-outs nicht. Entschuldigung.

Christian Kellermann, Präsident: Das Time-out würden wir machen, weil nun auch seitens Gemeinderat zusätzliche Informationen geäußert wurden. Diese hatten wir nicht. Vielleicht noch zu Matthias Häuptli: Wir werden nachher die Anträge einander gegenüberstellen. Also jene der KBU und jene des Gemeinderats. Es ist also nicht so, dass wir nur über eines dieser Pakete entscheiden müssen. Beide Anträge sind ja für den Umbau. Die Option, dass es nicht stattfinden soll, wäre nur dann, wenn alle eigentlich bei beiden Anträgen mehrheitlich ein Nein einlegen würden.

Pascale Uccella, AVP: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Patrick Kneubühler hat es mir eben vorweggenommen. Ich frage mich auch, weil von Anfang an es plötzlich geheissen hat, es gäbe ein Time-out und ich es nicht verstehe. Wie wir gesagt haben, wir hatten diese Unterlagen. Bei jedem Geschäft berichtet der Gemeinderat noch etwas dazu. Wenn wir jedes Mal ein Time-out machen, finde ich das speziell. Sei es wie es sei. Ich möchte einfach beliebt machen, für mich ist es ganz klar, dieses Projekt möchte ich. Ich bedanke mich wirklich bei euch allen, die die ganze Sache ausgearbeitet haben. Auch beim Gemeinderat. Ich finde es ein Superprojekt. Für mich ist es ganz wichtig, dass die Jugendlichen so schnell wie möglich dieses Gebäude erhalten, dass es so schnell wie möglich wieder in Fahrt kommt. Denn man sieht, es ist wichtig. Ich habe einfach ein wenig Angst, dass wenn man es wieder als Volksabstimmung macht, alles wieder hinausgezögert wird. Da muss ich Herrn Stocker Arnet Recht geben, Allschwil tickt anders. Ob wirklich alles so vom Volk angenommen wird, wie wir es gerne hätten, bin ich mir nicht immer so sicher. Dankeschön.

Christian Kellermann, Präsident: Ich denke, nun sind keine zusätzlichen Voten ... [doch] Ja, ist schon gut, aber nachher kommt noch eines und noch einmal eines. Ich würde vorschlagen, wir machen jetzt 15 Minuten Pause. Dann kann man nämlich auch noch einmal, wenn es notwendig ist, über das Geschäft sprechen. Ansonsten stimmen wir gleich nach der Pause ab.

PAUSE/TIME-OUT

Christian Kellermann, Präsident: Darf ich bitten, alle wieder Platz zu nehmen? Wir haben nun einen weiteren Antrag erhalten. Ich erläutere diesen schnell - respektive, Barbara Grange kann das auch gleich tun. Bitte!

Barbara Grange, SP-Fraktion: Es ist ein Vorschlag, der versucht, den KBU-Antrag einzubeziehen. Damit möchte ich bezwecken, dass es nur gemacht wird, wenn es möglich, das Budget von 3,3 Mio. nicht zu überschreiten. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass, wenn wir eine Volksabstimmung riskieren, diejenigen, die das Projekt nämlich am allermeisten betrifft, nämlich die Jugendlichen nicht zur Abstimmung gehen können. Denn viele von ihnen sind noch nicht 18 Jahre alt sind. Das müssen wir einfach auch bedenken, wenn wir über das Ganze entscheiden. Eine Volksabstimmung wäre auch ein Zeitfresser. Das ist auch ein zu beachtender Punkt in den Überlegungen und den Beschlüssen, die wir jetzt ziehen und über die wir nun abstimmen. Dankeschön.

Robert Vogt, Gemeinderat: Werter Präsident, werte Damen und Herren. Vielen Dank, dass Sie uns dieses Time-out gewährt haben. Auch der Gemeinderat konnte sich beraten. Ich muss Ihnen noch eine Zusatzinformation geben: Falls heute der Antrag der KBU obsiegt, müssten wir das Geschäft in den Gemeinderat zurücknehmen, weil Sie dann nicht über eine Kosteninformation verfügen. D.h. Antrag KBU würde genehmigt, dann würden wir, der Gemeinderat, das Geschäft zurücknehmen,

Ihnen dann an einer der nächsten Einwohnerratssitzungen die Vorschläge, unterteilt in vollen Erdbeschutz, einfachen Erdbeschutz, volle Photovoltaik usw., alles in Kostenelementen darstellen. Vielen Dank, wenn Sie das berücksichtigen.

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich stelle den Ordnungsantrag, dass wir das Geschäft so oder so auf die nächste Sitzung verschieben, weil wir hinter den Anträgen der KBU keine fundierten Zahlen haben. Wir haben nun in dieser Sitzung verschiedene Zahlen gehört, was eine Photovoltaikanlage kosten oder nicht kosten soll. Wenn ich darüber abstimmen will, muss ich fundierte Zahlen haben, die ich zwischen dem Gemeinderats-Projekt und dem, was die KBU ausmacht, vergleichen kann. Ich bin nicht derjenige, der einfach hofft und glaubt und meint. Deshalb stelle ich diesen Antrag, damit man es auf die nächste Sitzung verschiebt. Auf einen Monat mit dem Auftrag an den Gemeinderat, dass er diese Zahlen erarbeitet und dann kann man diese zwei Vorschläge einander richtig gegenüberstellen. Zudem kann man sich bis dahin auch zum Antrag der SP überlegen, ob das möglich ist. Das ist mein Antrag.

Christian Kellermann, Präsident: Wir haben einen Ordnungsantrag erhalten. Wir stimmen jetzt über diesen ab. Es geht darum, dass wir dieses Geschäft verschieben würden, einfach damit wir über die Kosten der Informationen, welche die KBU als Bedingung eingegeben hat, dann Bescheid wüssten. Wir möchten nun nicht noch einmal eine Diskussion weiterführen. Einfach nur wenn es um diesen Ordnungsantrag etwas zu besprechen gibt... Herr Spiegel, bitte.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besen Dank Herr Präsident. Ich versuche, nun wirklich nur zum Ordnungsantrag zu sprechen. Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, dass wir ihn ablehnen möchten. Denn wenn wir ihn ablehnen, können wir über die Anträge der KBU diskutieren und abstimmen. Dann sage ich nämlich an jener Stelle etwas dazu und nicht jetzt. Dann wird es, wie wir den Gemeinderat gehört haben, sowieso zurück gezogen auf die nächste Sitzung. Also wäre das, was ihr im Ordnungsantrag wolltet, auch wieder erfüllt. Wenn es nicht durchkommt, dann läuft es nach dem normalen Fahrplan, den gewisse von euch auch möchten. Daher bin ich der Meinung, dass man den Ordnungsantrag jetzt ablehnen und zuerst über die Anträge der KBU diskutieren kann. Nur dieser Ablauf macht Sinn.

Christian Kellermann, Präsident: Nur Voten über den Ordnungsantrag!

Christian Stocker Arnet, SP-Fraktion: Es ist einfach so, dass wenn der KBU-Antrag bereits obsiegt, ist das Projekt des Gemeinderats nachher schon weg und wir haben über etwas abgestimmt, für das wir kein Preisschild haben.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich bin einverstanden mit der Diagnose des Gemeinderats, die sagt, der KBU-Vorschlag sei gar nicht beschlussfähig, weil der Betrag darin nicht ersichtlich ist. Zweitens: Ich bin für den Antrag, der an der Wand gezeigt wird, und ich bin gegen den Ordnungsantrag.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, Anwesende. Wir merken ja, dass wir hier wichtige Unstimmigkeiten haben, was es kostet, was es nicht kostet. Wieso übergehen wir nicht diesen Ordnungsantrag und der Gemeinderat zieht gleich zurück? Dankeschön.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, wir merken doch jetzt, wir haben ein Durcheinander. In dieser Situation ist es nicht seriös, wenn wir über einen Antrag abstimmen, bei dem wir aber gleichzeitig wissen, dass er, weil er nicht richtig beziffert ist, weil man eigentlich meinte, der Gemeinderat würde dann noch die Zahlen liefern. Ihn zur Abstimmung bringen im Wissen, dass er eigentlich gar nicht gelten kann und der Gemeinderat wieder damit wird kommen müssen, können wir so nicht tun. Ich möchte beliebt machen, dass man dem Ordnungsantrag zustimmt, damit wir das nächste Mal seriös darüber abstimmen können. Danke schön.

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Dankeschön vielmals. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich hätte gerne vom Gemeinderat gehört, ob er in der Lage ist, diese Zahlen auf die nächste Sitzung auch wirklich zu liefern.

Christian Kellermann, Präsident: Zur Ergänzung: Die nächste Sitzung ist in drei Wochen, heute in drei Wochen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werde Damen und Herren. Nein, es ist nicht möglich, dies innert drei Wochen zu erledigen.

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Besten Dank, Herr Präsident. Wie viel Zeit benötigt denn der Gemeinderat?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich denke, es ist wirklich äusserst wichtig, dass wir zu einem guten Ergebnis kommen, dass das Geschäft dem Gemeinderat zurückgegeben wird und dass wir die Zahlen noch einmal zusammenstellen können, damit Sie wirklich etwas in Händen haben, bei dem Sie wissen, wovon Sie sprechen - finanztechnisch gesprochen. Vielleicht an Claudia Sigel: Ich kann dir nicht sagen, ob es auf die nächste Sitzung reicht oder nicht. Ich würde mir nun mal erlauben zu sagen, wir versuchen alles Mögliche zu unternehmen, damit man die Zahlen so schnell wie möglich kennt, und das wieder in den Einwohnerrat bringen kann. Ideal wäre selbstverständlich an der Mai-Sitzung. Aber wie gesagt, Robert Vogt ist da näher beim Bereichsleiter und weiss, wie der Arbeitsstand schon ist. Von daher, wie gesagt, können wir sicher keine Garantie dafür geben, dass es bis zur Mai-Sitzung reichen wird.

Christian Kellermann, Präsident: Wir kommen zum Ordnungsantrag, das Geschäft an den Gemeinderat zurück zu weisen, damit die vollständigen Kosten vorliegen können und fundiert darüber abgestimmt werden kann. Wer dem Ordnungsantrag zustimmen möchte, soll es mit Karte bezeugen. Wie, Entschuldigung? Ach so, also: Wir stimmen jetzt über den Ordnungsantrag ab, das Geschäft an den Gemeinderat zurück zu weisen, damit die Kosten für den KBU-Antrag eruiert werden können. Sprich: Dachfläche ganz mit Photovoltaik ausgestattet und auch die Erdbebenmassnahmen eingerechnet. Es ist so verständlich? Jetzt erhebt also die Karte, wer dem Ordnungsantrag zustimmen möchte.

://:

Sie haben diesem Ordnungsantrag mit 18 Nein, 16 Ja und 2 Enthaltungen nicht zugestimmt.

Christian Kellermann, Präsident: Somit behandeln wir das Geschäft 4528 weiter. Auf der Rednerliste gibt es noch ein paar Personen. Wir fahren also mit der Rednerliste weiter.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist etwas sonderbar, nun nach dem Ganzen noch ein paar Dinge dazu zu sagen. Aber egal. Wir sind zuvor eigentlich ziemlich intensiv da stehen geblieben: Volksabstimmung ja oder nein. Es ging nicht mehr um die Sache. Ich wollte dazu ein paar Dinge sagen, wenn wir das Risiko für diesen Weg eingehen. Eine Volksabstimmung bedeutet ganz klar, es gibt eine riesengrosse Verzögerung und ein riesengrosses Engagement für uns alle, für den Gemeinderat, vor allem von den motivierten, dahinterstehenden Leuten, dass sie es durchhalten können. für sie gibt es eine riesengrosse Unsicherheit. Nutzerinnen und Nutzer, die mitarbeiten, über die wir zuvor fanden, es sei grossartig, dass es sie gibt. „Leuchtturm“ ist gefallen. Dieser Leuchtturm wird einfach ganz und kurz für eine Zeitlang abgestellt, auf Halbmast gesetzt, wie man es bei Fahnen normalerweise nennt. Die Jugendlichen, das habe ich zuvor stets gehört, die engagierten Leute, es gäbe einen ausserordentlichen, partizipativen Weg, dies zu tun. Alle waren stolz, wow, es sind alle einbezogen. Es ist ein Projekt vorhanden, bei dem alle sagten, wow, das ist es! Nun stellt der Rat all das mit seinem Entscheid in Frage. Das tut mir weh. Wir lassen die Jungen, wir lassen die Familien, alle Engagierten am Ende mit einer riesigen Unsicherheit in der Pfütze stehen. Keiner weiss, wie tief dieser Sumpf ist. Wir hörten zuvor, Allschwil ticke anders. Das haben, glaube ich, die meisten hier schon ein paar Mal erfahren. Wenn es zur Volksabstimmung kommt, habe ich schlichtweg ein wenig Angst. Wir alle haben nicht an das gedacht, also ich ganz sicher nicht, dass die Konsequenz davon wäre, diesen Schritt zu tun. Der Gemeinderat hat zuvor ja gesagt, bei der Kostengenauigkeit gäbe es ja noch eine Chance, das eventuell einzubauen. Es wurde auch gesagt, viele haben gesagt, das Vertrauen zum Gemeinderat, zur Verwaltung würde ausreichen. Nun ist der von uns gemachte Antrag genau dieser Weg, wie er gehen könnte. Aber bitte lässt das Projekt nicht hängen. Danke.

Claudia Sigel, CVP-Fraktion: Dankeschön vielmals. Ich persönlich finde den Antrag von Barbara Grange sensationell. Er vereint eigentlich genau das, was wir alle wollten. Wir haben ein super Projekt, Jean-Jacques hat es gesagt, wir stehen eigentlich alle hinter diesem Projekt. Wir haben lange über ein Heimatmuseum diskutiert. Wir haben über Orte diskutiert, an denen man zusammenkommen

kann, Generationen sich treffen können, es ein Café und auch eine Bühne hat, man kulturelle Veranstaltungen durchführen kann. Wir sind bis jetzt nie auf einen grünen Zweig gekommen. Das Freizeithaus würde aber so viel verbinden. Abgesehen davon, dass unsere jungen Leute es einfach mal benötigen, vor allem jetzt in dieser Corona geprüften Zeit. Wir wollen es tatsächlich riskieren? Hier sind wir uns eigentlich einig, indem wir einfach vors Volk wollen und wieder einmal einen Entscheid dem Volk überlassen wollen. Wir haben nur noch Entscheide im Volk, und ich frage mich langsam, wozu braucht es uns hier überhaupt noch. Was machen wir eigentlich noch hier, jene draussen müssen für uns alles entscheiden? Es geht nun um etwas, wofür, ja, die Gemeinde eigentlich in der Pflicht wäre. Die Gemeinde hätte eigentlich die Aufgabe, auf Gemeinde- und Verwaltungsgebäuden Photovoltaikanlagen zu montieren. In dieser Sache war man schon ein wenig knickerig. Die Gemeinde könnte sich parallel mal überlegen, wie sie diese Verpflichtung wahrnehmen will. Entweder in einem späteren, separaten Schritt oder durch einen Drittanbieter; wäre doch auch eine Idee. Wir müssen doch aber deswegen dieses Projekt nicht riskieren. Ich finde den Antrag von Barbara super. Ich fände es grossartig, wir würden heute Abend hier darüber abstimmen, damit es nicht rausgeht und von der Allschwiler Bevölkerung bewertet wird. Danke vielmal.

Evelyne Roth, CVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Ratskollegen. Ja, es haben es zuvor schon alle gesagt. Es sollte wirklich nicht mehr vors Volk kommen. Wir sollten es wirklich hier beschliessen und der Jugend etwas geben, damit sie 30, 40 Jahre wieder dort etwas haben, wie es bereits besteht. Damit es dort wieder einen Platz gibt, bei dem auch Jugendliche aufgefangen werden. Nun kommt ein weiteres Problem, das wir vielleicht jetzt auch noch haben, mit den Schulhäusern. Wenn das Volk schon ein wenig gehört hat, hey sie müssen bauen, dann stecken wir nämlich das Geld dort rein. Dann haben wir das Jugendhaus nicht mehr dort hinten. Es ist dort hinten für alle Sparten. Riskieren wir es doch nicht wegen dieser Photovoltaikanlage, die man doch jederzeit bauen kann. Es sind von beiden super Berichte. Ich habe auch an einem davon gearbeitet. Es ist wirklich grossartig gemacht. Ich glaube, wir haben kein Projekt, bei dem wie in diesem, welches wir auf die Beine gestellt haben, so mit allen zusammengearbeitet wurde. Wegen dem Bisschen dürfen wir es nicht riskieren. Dankeschön.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe es bereits gesagt, ich sage es noch einmal: Der Antrag von Barbara Grange ist genial. Er lässt die Idee der KBU umsetzbar machen. Der KBU-Antrag war nicht beschlussfähig. Er würdigt die Vorarbeit oder die grossartige Hauptarbeit des Gemeinderats und der Kommissionen und vor allem den Partizipationsprozess. Etwas anderes als das Ding zum Laufen zu bringen, können wir uns gar nicht leisten.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Besten Dank. Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Jetzt sind es viele Punkte. Zum einen, wir bleiben bei den Anträgen der KBU, weil wir denken, dass Sie das nicht torpedieren. Zum anderen, wenn wir immer über Nachhaltigkeit diskutieren und ausgerechnet bei einem Gebäude, das Jugend- und Freizeithaus heisst, die Nachhaltigkeit an zweiter Stelle setzen wollen, ist das für mich ad absurdum geführt. Also wirklich. Es wurde zuvor, glaube ich, richtig erwähnt, wenn es jemand war, der sich in den letzten Jahren vehement dafür eingesetzt hat, dann sind es genau jene, die dieses Gebäude auch benutzen sollen. Und wir machen dabei eine solche Salami-taktik? Wir von der Fraktion haben es schon einmal erwähnt, auf gemeindeeigenen Gebäuden sehen wir, dass das einfach dazugehört, genau mit der Eigennutzungsoptimierung. Tut mir leid. Das ist so, finden wir, wie wenn wir heute ein Haus bauen und keine Heizung einbauen. Da kann ich auch sagen, die Heizung machen wir dann später, wenn der Winter kommt. Das gehört in der heutigen Zeit, es tut mir leid, bei einem solchen Gebäude schlichtweg zusammen. Auch wenn es Jugend- und Freizeithaus heisst. Nun beginnt man, immer so ein wenig auseinander zu stückeln und hat immer Angst vor der Bevölkerung und versucht zu deckeln. Dafür habe ich null Verständnis. Ich finde das der Demokratie unwürdig. Claudia Sigel, du hast sicher gewisse Punkte angesprochen, die ihre Berechtigung haben, und dein Statement war gut. Ich hoffe, du hast das auch so Felix Keller gesagt, bevor er Unterschriften sammeln ging. Zum Gemeinderat möchte ich noch sagen, Robi, es tut mir leid, da muss ich dir auch etwas sagen: Du hast bei der ersten, das erste Mal, als wir es diskutiert haben und es zurückschicken wollten, plädierte der Gemeinderat, namentlich du, dafür, dass wir das nicht tun, weil wir keine Zeit verlieren wollen. Weil wir keine Zeit verlieren wollen! Nun wisst ihr es seit so langer Zeit, dass es diese zwei KBU-Anträge gibt. Nun hättet ihr diese Zeit nutzen können, um es vorarbeitend auszurechnen. Es tut mir leid, das hättet ihr tun können. Es wäre auch gelungen. Dann hättet ihr jetzt, wenn die beiden KBU-Anträge durchgekommen wären, eure Summe der Voranpassung entsprechend anpassen können. Ihr könnt doch nicht immer sagen: „Macht das bitte nicht, sonst verlieren wir Zeit.“ Wenn ihr dann wirklich Zeithorizont zur Vorarbeit habt, macht ihr es nicht. Nun sitzen wir wieder hier und sagen, wir müssen es wieder zurücknehmen. Ich meine, das sind zwei Punkte, die ihr schon lange kennt. Da hätte ich an dich plädiert, dass ihr das vorbereitet hättet und heute einbringen könn-

tet. Dann hätten wir heute diese Summe und hätten darüber abstimmen können. Das finde ich wirklich schade, dass es nicht getan wurde, nachdem du das letzte Mal so dafür warst, keine Zeit zu verlieren. Ich habe ehrlich gesagt erwartet, dass ihr das schon gemacht habt. Davon ging ich aus. Nichtsdestotrotz. Wir bleiben bei der KBU. An dieser Stelle muss man auch mal sagen: Wenn man diese Anträge angeschaut hat, konnte man sehen, dass alle Fraktionen vertreten und für diese Anträge waren. Alle Fraktionen, oder immerhin deren Mitglieder. Und nun sieht es wieder anders aus. Ich glaube, wir sind wiederum an diesem Punkt, über den wir schon einmal diskutiert hatten, betreffend Kommissionsarbeit und anschliessender Rückmeldungen in die Fraktionen. Die Kommissionen haben in den Kommissionssitzungen einstimmig für die KBU-Anträge votiert. Ich finde, Andreas Bärtsch und auch die KKS hat das zuvor sehr plausibel erklärt. Deshalb bleiben wir nun bei der Kommissionsmeinung und unterstützen sie bis zum Schluss.

Roman Klausner, AVP: Herr Präsident. Ich schaue beim Ganzen den Terminplan oberhalb der Anträge an und spreche nun noch einmal von zurücknehmen, noch einmal neu berechnen. Wir haben Baubeginn Herbst 2021. Dies ist bereits jetzt sehr schwierig, um es überhaupt noch umzusetzen. Wenn wir jetzt noch einmal eine Schlaufe und noch einmal eine Schlaufe machen, dann können wir das Ganze sogleich um ein Jahr verschieben. Jeder, der nur ein wenig weiss, was bei einer Bautätigkeit los ist, wird sich wundern, dass er überhaupt einen Baumeister findet, der sodann beginnen kann. Wir sollten uns jetzt endlich für einen Weg entscheiden. Wir haben ein super Projekt, es ist vorhanden, jetzt müssen wir es umsetzen. Ich meine, der Vorschlag ist eigentlich ein Zwischenweg, damit wir es heute umsetzen können. Nicht noch einmal zurück und noch einmal eine Schlaufe. Wir hier sind im Moment Verhinderer. Wir müssen endlich einmal etwas entscheiden und vorwärts machen. Danke.

Miriam Schaub, KKS-Präsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte noch einmal schnell sagen: Ich glaube, die KKS war nicht in Kenntnis von allen Fakten, die diesen Antrag der KBU betrifft. Ich stimme Florian Spiegel zu, mich stört es auch, wenn man es nicht vorab in den Kommissionen klärt. Es tut mir leid. Ich sehe noch Verbesserungspotenzial. Ich denke, beim nächsten Mal werden Andreas Bärtsch und ich das perfekt aufgleisen, dann wird das nicht mehr passieren. Ich möchte noch etwas Persönliches sagen, das sage ich nicht als Präsidentin. Ich plädiere wirklich gegen jede Verzögerung dieses Projekts. Es arbeiteten so viele Jugendliche mit. Wenn man jung ist, ist es ein Unterschied, ob etwas ein oder zwei Jahre länger geht. Es ist nämlich schon ein Unterschied, wenn man 16 ist, und dann, wenn es fertig ist, gar nicht mehr zur Zielgruppe gehört. Es wurde bereits gesagt: die Jugendlichen können bei einer Volksabstimmung nicht abstimmen. Wir müssen für sie abstimmen. Wir müssen uns für sie einsetzen. Es ist unsere Aufgabe, dies heute zu tun. Ich kann Ihnen auch sagen, ich war in Kontakt mit der Leitung des Freizeithauses. Sprechen Sie auch mal mit ihnen! Die Jugendlichen dort fragen nämlich die ganze Zeit, wann geht es mit diesem Projekt weiter. Ich finde, wir sind es ihnen schuldig, dass es jetzt weitergeht. Ich finde, der Antrag hier ist ein Kompromiss, um zu versuchen, alles das von der KBU, was wir für eine gute Sache halten, ohne Verzögerung einzubeziehen. Ich finde, wir sind dafür verantwortlich, dass wir das Projekt jetzt weiterbringen. Ich wollte noch etwas sagen: Ich beantrage ein Time-out, damit wir über diesen Antrag diskutieren können. 5 Minuten.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Geschätzte Anwesende, Herr Präsident. Wenn man sich nun so sehr um die dortigen Jugendlichen und Kinder kümmert - ob das nun 2, 3, 4 Monate länger geht, sie werden genau gleich dort spielen, die werden genau gleich mit dem Mountainbike umherfahren und sie werden genau gleich dort auf der Halfpipe hin- und her rutschen. Das macht bei ihnen mit ein paar Mal warten auch nicht wirklich den Kohl fett, schlussendlich. Wir dürfen eins nicht vergessen: Wir haben ein Projekt, ein Gesamtprojekt. Was wir jetzt tun, ist abtrennen, eine Scheibe wegnehmen, damit wir ja nicht über die Grenze für eine Volksabstimmung kommen. Ich höre nur Angst, ich höre Riskieren. Darum geht es nicht einmal. Wir müssen das Projekt als Ganzes betrachten, man muss es auch so, auch wenn es diesen Preis überschreitet und vors Volk geht. Zu Jacques: Das Engagement, das wir dann aufbringen müssen ist ja unsere Arbeit, dafür wurden wir schlussendlich gewählt, damit wir das auch vertreten können. Wenn es unter den 3,3 Mio. ist, denn halt hier, und wenn es drüber ist, können wir unser Engagement genau gleich bringen, um dem Volk zu sagen, das Projekt ist etwas Gutes und wir wollen es durchziehen. Dankeschön.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist schon ein wenig eine sonderbare Diskussion, die wir hier führen. Es geht um ein Jugend- und Freizeithaus und es geht um Anträge zu Photovoltaik und Erdbbensicherheit. Aber in der Diskussion ist ganz viel vom Volk die Rede und fast nur vom Volk. Es fiel der Vorwurf, wir würden unsere Entscheide quasi an das Volk delegieren. Das ist aber hier nicht der Punkt. Denn wir haben eine Gemeindeordnung, die sagt,

bei 3 Mio. plus Teuerung muss etwas vors Volk. Das ist nicht ein Entscheid, den wir getroffen haben, sondern das steht in der Gemeindeordnung. In der ganzen Diskussion, die wir hier führen, soweit ich es gehört habe, hat sich niemand gegen diese Photovoltaikanlage ausgesprochen und auch nicht gegen die Erdbebensicherheit. Sondern es dreht sich alles nur darum, ob es nun opportun ist oder nicht, wenn man es offen draufpackt oder versteckt einpackt, damit es eine Volksabstimmung gibt oder nicht. Da muss ich einfach sagen: Wir sind die Volksvertreter hier, dazu sind wir berufen. Wenn jemand das Gefühl hat, dass diese Vorlage vor dem Volk keine Chance hat und durchfallen wird, muss er jetzt nein stimmen. Dann kann er nicht einfach ja sagen. Wir müssten tatsächlich nein stimmen, wenn wir das Volk vertreten wollen. Das ist aber nicht meine Überzeugung. Soviel dazu. Nun möchte ich etwas sagen zum Antrag von Barbara Grange. Ich finde, das ist ein machbarer Kompromiss. Deshalb habe ich gewisse Sympathien für den Antrag. Was ich nicht verstehe ist, dass dabei quasi die Erdbebensicherheit gegen die Photovoltaikanlage ausgespielt wird. Die darin erwähnte Priorisierung finde ich falsch. Wenn schon, dann muss man die Erdbebensicherheit priorisieren, weil es das ist, was man halt beim Umbau/Teilneubau auch gleich machen kann. Die Photovoltaik, das wissen wir, die kann man auch nachträglich noch anbringen, auch wenn es gewisse Mehrkosten ergibt. Wenn schon, dann müsste die Erdbebensicherheit priorisieren. Ich möchte daher beliebt machen und stelle einen entsprechenden Antrag, dass der *Antrag zu 5.1 modifiziert* wird und der letzte Satz lauten soll: „Die Ertüchtigung der Erdbebensicherheit ist dabei zu priorisieren.“
Dankeschön.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich mache es kurz und knapp. Der Antrag der KBU ist eigentlich schon sehr lange bekannt. Das Papier und die Anträge liegen schon lange vor. Deshalb finde ich es eigentlich irritierend und sonderbar, dass man nun so eine ewige Diskussion über das Ganze führt. Denn wir wussten es. Wir hätten im März eine Sitzung gehabt, die hat man ausfallen lassen. Man hat also mehr als genug Zeit gehabt auch seitens Gemeinderats, das anzuschauen, zu analysieren und die neuen Kosten anzugeben. Ich finde es sonderbar, ich finde es irritierend.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte einfach noch einmal etwas zur Zeitschiene sagen. Ich glaube nicht, dass es für die Kinder und Jugendlichen keine Rolle spielt, wenn wir nun verzögern und verzögern. Wir haben mit Corona im letzten Jahr ausgerechnet von dieser Gruppe sehr viel abverlangt. Eine Gruppe, die nicht unbedingt durch Krankheit betroffen war, aber viel einstecken musste. Es wäre doch jetzt der Moment, in dem wir mit diesem wirklich grossartigen Projekt, für das sich alle hier aussprechen, so schnell wie möglich vorwärts machen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe das Gefühl, jede Einwohnerrätin und jeder Einwohnerrat ist eigentlich für das neue Familienfreizeithaus, Jugendhaus. Ich glaube, jede Einwohnerrätin und jeder Einwohnerrat hier ist für die Photovoltaikgeschichte. Die Frage ist einfach nur, wie wir es machen wollen. Wollen wir einen langen Weg nehmen oder wollen wir einen kurzen Weg nehmen? Alle haben immer irgendwie Angst vor dem Damoklesschwert Volksabstimmung. Ich habe gar keine Angst. Ich habe bis jetzt niemanden gehört, der dagegen ist. Aber ich frage mich, wieso muss man diesen Weg gehen, wenn man ein eigentlich repräsentatives System hat. Etwas anderes ist, was ich schon ein paar Mal gesagt habe: Personen, resp. Wählerinnen und Wähler wählen eigentlich uns. Sie sagen, hey, ich finde es cool, dass du dich freiwillig engagierst, ehrenamtlich, und ich finde es gut, dass du in deinem Kompetenzbereich das machen sollst und es vorantreibst. Ich finde es immer ein wenig störend, wenn ich meinen Leuten sagen muss, was kann ich hier tun, wenn ich sie anfrage. Ja schwierig, oder, wenn man jedes Mal, wenn irgendetwas, für das wir eigentlich die Verantwortung übernehmen können, zu dem wir eigentlich stehen können, eigentlich diese Umwege nehmen müssen. Es sollte eigentlich einen Mehrwert ergeben, wenn nicht die 13'000 Stimmberechtigten in Allschwil jedes Mal über jedes Detail lesen müssen, nein, es wurde an uns delegiert. Dieses Vertrauen sollte eigentlich vorhanden sein. Ich sehe hier niemanden, der dagegen ist. Denn sonst, wenn es diametrale Ansichten gibt, gibt es ein Behördenreferendum. Dann sagt man, nein stopp, wir sind nicht angehört worden. Ich glaube es gibt Meinungen im Volk, die wirklich sagen, zack, da hat es wirklich Fleisch am Knochen, das man wirklich gemeinsam anschauen muss. Ich glaube, das ist hier gar nicht von Relevanz. Deshalb finde ich ihn einen guten Kompromiss, den wir hier machen. Womit wir unsere Verantwortung wirklich wahrnehmen und vorwärts machen können. Man kann immer noch sagen, es sei Scheibentaktik oder nicht. Lucca und ich haben eine Interpellation eingegeben. Freddy war auch relativ stark auf diesem Gebiet. Matthias Häuptli hat früher auch schon mal dem Gemeinderat, eine längerfristige Photovoltaik-Strategie eingegeben. Da könnt ihr euch mal überlegen, wie man das anders anpacken kann. Wirklich da mal eine Strategie entwickeln, damit wir vielleicht einen Topf haben, aus dem jedes Mal geschöpft

werden kann, so dass man einen Energieeffizienzsteigerungsfonds oder so auf der Gemeinde einsetzen kann. Da gibt es viele Wahrscheinlichkeiten. Ich finde es auch richtig und ich finde es auch ein wenig - da muss ich in die Kritik einstimmen - schwach, ich sage vielleicht nicht schwach aber vielleicht nicht grosser Horizont gehabt, dass man diese Anlage nicht schon in der Planung drin hatte. Das finde ich verbesserungswürdig. Aber ich glaube, das ist nun der Prozess, welcher der Einwohnerrat sagte, das ist wirklich etwas, das wir fokussieren wollen, in Zukunft forcieren. Das hat nun der Gemeinderat auch verstanden. Dementsprechend würde ich wirklich vorschlagen, vorwärts zu machen, nicht einen Umweg zu nehmen. Ich finde es nicht unwert, ich habe keine Angst davor. Ich glaube, wir haben wirklich die Bürde, diese Aufgabe selbst zu tragen. Ich bitte euch doch, heute Abend den vorliegenden Antrag zu unterstützen. Ich finde es auch etwas sonderbar, wenn ich hören muss, dass die KBU keinen guten Job gemacht habe. Das war eine sehr lange Diskussion. Auch nach der Sitzung noch, ob man einen Betrag eintragen will oder nicht. Wir haben gesagt, nein, weil der Gemeinderat wirklich die Kompetenz hat, dies in den Kreditantrag selbst einfließen zu lassen, inwiefern auch immer. Da hat der Gemeinderat eigentlich auch Möglichkeiten und die Praxis, das zu tun. Aber ich glaube, wir können wirklich selbst Verantwortung tragen und bitte doch noch einmal inständig, nehmen wir unsere Verantwortung als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte von Allschwil wahr. Besten Dank.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es soll bei diesem Antrag gar nicht darum gehen, nun Photovoltaikanlage gegen Erdbebensicherheit gegeneinander auszuspielen. Barbara und ich werden den letzten Satz streichen. Wir werden ihn nicht austauschen, sondern einfach ersatzlos streichen. Schön wäre es natürlich, wenn beides umgesetzt werden könnte. Aber das soll dann laufend entschieden werden. Noch zum Thema Volksabstimmung: Mir geht es überhaupt nicht darum, dass ich Angst habe, dass es vors Volk kommt, dass abgelehnt wird. In meinen Augen ist es einfach eine Zeitfrage. Wie es schon im Rat gesagt wurde, macht bei Kindern und Jugendlichen ein Jahr viel mehr aus als bei Erwachsenen. Ob sie es nun ein Jahr früher oder später haben, ist relevant. Daher wäre ich froh, wenn das ohne allzu grosse Probleme klappen würde. Herzlichen Dank.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich wollte meinen Antrag noch einmal präzisieren und ändern. Ein Teil hat sich schon erledigt, nämlich mit dem Vorschlag von Barbara Grange, dass man einfach den letzten Satz streicht. Es gibt noch einen weiteren Punkt: Unseres Wissens ist die Grenze nicht bei exakt 3,3 Mio., sondern bei 3,275 Mio. Ich möchte daher beantragen oder beliebt machen, dass man das entsprechend einsetzt.

Andreas Bammatter, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist normalerweise nicht üblich, dass mehrere Gemeinderäte sprechen, allenfalls die Präsidentin, zu einem Gemeinderat oder Gemeinderätin. Da ich aber Ressortleiter Freizeit und Kultur bin, ist es mir ein grosses Anliegen, Ihnen jetzt einmal zu zeigen, was bei mir innen abgeht. Grundsätzlich habe ich bei allen gehört: Lob, Lob, Lob. Nutzer*innen wurden angehört, das Bauprojekt ist gut, die KKS hat, was Betriebskonzept ist, auch noch angeschaut. Der Auftrag war und bleibt: Ersatzbau des Pavillons. Hat man es gut angeschaut aus Sicht der Nutzerinnen und Nutzer, das ist jetzt auch so explizit ausgewiesen, hat man noch bei diesem 30-jährigen Bau die Sanierung eingeplant. Man hat es angeschaut und ein Projekt vorgestellt. Soweit ist das gut und wurde auch gewürdigt. Nun kommen noch mehr Dinge dazu. Wir reden mehr als eine Stunde lang über die PV-Anlage, wir reden über Erdbebenertüchtigung, alles ist wirklich sinnvoll. Wir sind uns nicht einig, in welcher Dimension. Mir kommt es vor, als dass wir ja sagen, aber gegeneinander anstatt miteinander. Der Kolleg Robi Vogt hat es ausgeführt. Ich bin nicht Baufachmann. Ich sehe die Zahl 3'218'127 Franken in einem Vorprojekt. Jeder weiss, dass es mit garantierter 100-prozentiger Wahrscheinlichkeit nicht diese Zahl sein wird, die wir in der Abrechnung haben werden. Die Bauleute sagen, es sind 10 - 15 % Kostengenauigkeit. Die Leute, die es verstehen, denen ich auch glaube, wenn sie sagen, eine Photovoltaikanlage kostet zwischen 50'000 und 100'000 - vielleicht muss man da noch einen Stecker mehr machen oder etwas erneuern - das wäre dann mit dabei. 10, 15 % von 3,2 Mio. reicht für 100'000. Erdbebenertüchtigung, so wie sich die Fachleute nicht einig sind, sollte aber auch noch drin liegen. Dann kommt der Vorwurf, wir würden es stückeln. Ich kann auch sagen, schaut, ihr zwingt den Gemeinderat ja dazu, dass er das nächste Mal den Ersatzbau macht, der kommt mit 2,2 Mio., sagt, okay Entschuldigung, wir hatten das Projekt nicht von Anfang an mit der Photovoltaikanlage dabei, weil es im Prinzip eine Sache ist, die nicht mit dem Freizeithaus alleine zu tun hat, sondern mit allen gemeindeeigenen Bauten. Also werfen wir das noch oben drauf, wir wären sauber im grünen Bereich. Zwei Jahre später kommt er und sagt, wir haben das nun gebaut und wir haben bemerkt, wir haben ja noch ein 30-jähriges Gebäude, wir vertrauen uns, es nun noch zu sanieren und machen das Ensemble komplett. Meine Damen und Herren, wir haben 115 Mio. im Budget und wir streiten nun, ob wir hier, also Sie vor allem,

aber mit dem Vorschlag des Gemeinderats, wegen 50'000, wegen 70'000, vielleicht sind es auch 61'000, ist ja egal, vors Volk gehen. Aber alle wollen es. Alle wollen es. Ich sage Ihnen, juristisch haben Sie Recht. Juristisch haben Sie Recht, es gehört zusammen. Aber man kann auch sagen, man kann es differenzierter betrachten. Man kann sagen, jawohl, es ist sinnvoll. Alle sagen, es ist sinnvoll. Aber ist es wirklich notwendig, dass wir das als Gesamtprojekt angehen müssen? Dass wir der Jugend herbeiführend sagen, die Photovoltaikanlage ist nun halt, weil die Jugend die Umwelt schützen will? Das hat doch damit nur indirekt zu tun. Wir machen ja diese Photovoltaikanlage. Der Gemeinderat hat es gesagt, er macht sie. Aber müssen wir sie im jetzigen Projekt haben oder können wir sie ein halbes Projekt später machen? Müssen wir die Sanierung jetzt machen, wie wir gesagt haben, weil wir daran gedacht haben, oder können wir das auseinandernehmen? Wir reden über eine Stunde lang, dass wir das wollen. Wissen aber nicht, wie wir es durchziehen. Meine Damen und Herren, es ist wirklich wichtig. Wir haben Projekte. Wenn wir diese verzögern, dann ist das Volk hinterdrein und man sagt, man hat vor vier Jahren begonnen. Ich möchte ja nicht all diese Dinge aufnehmen. Wir haben den Lindenplatz, wir haben andere Geschichten. Wenn wir nun nicht zu einem Schluss kommen, nur weil wir jedem seinen kleinen Bereich auf die Waagschale legen, so dass sie nie auf eine Seite kippt, dann wird es wirklich schwierig, sagen zu können, wir in Allschwil haben ein Leuchtturmprojekt. Wenn wir alles und jegliches um Monate, wenn nicht Jahre verzögern, und nachher wieder 500 Unterschriften sammeln gehen und es noch einmal verzögern, auch wenn wir hier, vor allem Sie, fast einstimmig etwas durchziehen wollen ... meine Damen und Herren, nehmen Sie sich jetzt wirklich einmal die Zeit und überlegen Sie sich, ob Sie das wollen oder nicht wollen. Oder ob es Ihnen wert ist, es zu verzögern, weil es juristisch möglich ist, es zu verknüpfen. Oder ob es juristisch auch möglich ist, dass man es eben nicht verknüpfen muss und es trotzdem machen kann. Ich habe geschlossen.

Christian Kellermann, Präsident: Nun muss ich mal schnell stoppen. Denn irgendwie finde ich jetzt, geht die Diskussion wirklich langsam zu weit. Entweder wir stimmen jetzt ab und brechen die Beratung ab, oder wir schieben das Geschäft auf das nächste Mal. Denn wir diskutieren uns nun zu Tode, kann man schon fast sagen. Wir haben nun drei gute Anträge, über diese kann man nun wirklich abstimmen. Der eine, der nun von Barbara Grange eingebracht wurde, nimmt eigentlich den Bericht der KBU mit auf, einfach mit einem Kostendach, damit es nicht vors Volk in eine Abstimmung genommen werden muss. Das ist der eine. Oder aber man macht den Antrag des Gemeinderats, dann ist es ohne diese Photovoltaikanlage oder Erdbebenertüchtigung. Ich bin der Meinung, jetzt können wir wirklich zur Abstimmung kommen, oder wir verschieben es auf das nächste Mal. Die Zeit ist jetzt langsam dahingehend. Ich bitte jetzt einfach darum, jene Voten, die jetzt noch eingebracht werden sollen, kurz zu halten, so dass wir anschliessend abstimmen können. Oder es kommt der Antrag, dass wir es auf das nächste Mal verschieben. Also bitte weiter, kurz!

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Ich versuche auch, meine Gedanken wie folgt zu fassen. Vorweg möchte ich festhalten, der Gemeinderat ist wirklich daran interessiert, dass für unsere Jugendlichen das Freizeithaus saniert wird, so wie es bis jetzt aufgegleist ist. Aber, aber, ich muss an dieser Stelle nun einfach den Mahnfinger aufheben, wir haben gesetzliche Vorschriften, gesetzliche Regelungen, an die wir uns halten müssen. Wir sind nicht in Seldwyla, wir sind in Allschwil. Wir haben Regeln, an die müssen wir uns effektiv halten. Die eine Regelung ist nun mal der § 16 GO. D.h. wenn für ein Projekt über 3,305 Mio. ausgegeben werden soll, muss es eine Volksabstimmung geben. Nun, Sie haben im Projektvorschlag eine Summe von 3'218'127. Die Differenz zu diesem Schwellenwert, bei dem wir eine Volksabstimmung zwingend durchführen müssen, worüber wir uns nicht hinwegsetzen können, ist 71'873 Franken. In diesem ganzen Projekt ist die Erdbebensicherheit nicht dabei und ist die Photovoltaikanlage nicht dabei. Wir haben doch schnell ausgerechnet, dass, wenn wir das dazu packen, darüber kommen. Das sieht doch jedes Kind. Jedes. Jeder kann das nachvollziehen. Deshalb können wir doch nicht einfach uns über diese Vorschriften hinwegsetzen und sagen, macht nichts, macht nichts, Gemeinderat, du erhältst 3 Mio., schau zu, dass alles darin Platz findet. Das geht nicht. Das geht nicht, ist nicht zulässig. Auch der Antrag von Barbara Grange ist aus meiner Sicht nicht zulässig. Weil wir können oder ihr könnt nicht dem Gemeinderat einen Antrag oder einen Betrag zusprechen, unter der Voraussetzung, ihr erhaltet auch ein wenig mehr Geld, wenn es drin Platz hat. Nein, das geht nicht. Wir müssen einen festen Betrag haben. Wir müssen eine Summe haben, bei der wir wissen, die dürfen wir ausgeben. Wenn wir darüber liegen, müssen wir einen Nachtragskredit holen. Das sind die Regeln. Die können wir doch nun nicht bezogen auf das Projekt, auch wenn wir es noch so super genial finden, über Bord werfen. Also bitte ich euch noch einmal, gebt das Geschäft noch einmal zurück an den Gemeinderat, damit wir die Kosten zusammenstellen können. Wir setzen alles daran, dass wir es im Mai noch einmal traktandieren können. Dann habt ihr vollständige Kostenübersicht. Transparenz nennt man das Thema, das ihr dann erhaltet. Ihr werdet dann sehen, ob ihr wirklich die Erdbebensicherheit wollt oder ob ihr die Photovoltaikanlage in dieser Form wollt. Die

kann man dann ausnahmsweise auch streichen oder etwas anderes herausnehmen. Wir müssen uns doch wirklich in diesem Geschäft, auch wenn wir wirklich unser Herz für unsere Jungen haben und für unsere Jugendlichen haben, das Projekt ganz wichtig ist, an die geltenden Grundsätze halten. Wir können doch nicht einfach, nur weil es nun halt nicht ganz in den Kram passt, dieses Mal nach einer anderen Regelung handeln. Deshalb bitte ich euch, gebt das Geschäft noch einmal dem Gemeinderat, er soll das anschauen. Vielen Dank.

Melina Schellenberg, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Ich halte mich ganz kurz. Wir sind betreffend die Zahlen noch am Abklären, was stimmt. Ob es nun die 3,3 oder die 3,275 Mio. sind. Ich glaube, es macht nicht wirklich Sinn, wenn wir das heute Abend noch weiter diskutieren, wenn wir jetzt mit den Zahlen so rumjonglieren. Ich denke, es wäre am schlauesten, wenn wir es wieder zurückschicken, so können wir auch für den Antrag 5.1 abklären, was denn nun wirklich stimmt, ob es 3,3 oder 3,275 Mio. sind. Dann kann man auch gleich die restlichen Dinge klären. Besten Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Ist das jetzt ein Antrag, den Sie einreichen? Dann würden wir über diesen Antrag abstimmen, ob wir dieses Geschäft auf die nächste Sitzung schieben, d.h. heute in drei Wochen noch einmal thematisieren und bis dahin der Gemeinderat die Zahlen nachliefern kann. Ich muss vielleicht dazu sagen, dass die Traktandenunterlagen - wir haben bereits nächsten Montag Bürositzung - im Verlauf der nächsten Woche verschickt. Ich nehme an, dass Sie das dann per Mail noch nachsenden werden. Es wird also nicht gleich mit den Postunterlagen im Verlauf der nächsten Woche eintreffen. Aber dass wir es dann fest traktandieren werden. So. Wir stimmen über den Antrag ab, dieses Geschäft auf die nächste Einwohnerratssitzung zu verschieben. Wer dem zustimmen möchte, soll das bitte mit Karte anzeigen.

Geschätzte Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen, das Resultat liegt vor und wie Sie es vielleicht auch schon bemerkt haben, es ist ja doch eine heisse Diskussion um dieses Geschäft, man will es auch wirklich fundiert abklären. Ich denke mir, der vorliegende Entscheidungsbericht ist sicherlich notwendig.

://:

Sie haben mit 19 Ja, 12 Nein und 5 Enthaltungen zugestimmt, dass das Geschäft auf das nächste Mal traktandiert wird.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Christian Kellermann, Präsident: Angesichts der Zeit würde ich vorschlagen, dass wir das Info-Fenster des Gemeinderats, falls nichts dagegenspricht, auf das nächste Mal verschieben. Ausser es wäre wichtig, dann könnte man die wichtigen Informationen jetzt noch mitteilen? Also, ja bitte, Gemeinderat Philippe Hofmann.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerräte. Über Wichtigkeit kann man sich streiten. Ich habe schon einmal erwähnt, dass wir gesagt haben, dass das Abfallreglement im April in die Sitzung kommt. Es kam nicht, hätte wahrscheinlich gar nicht kommen können, wenn ihr so lange diskutiert. Es ist mir aber ein Anliegen zu sagen: Ich habe es nicht vergessen, es ist nicht untergegangen, sondern wir sind an der Arbeit. Im April kommt es erst in den Gemeinderat, das konnten wir so nicht erreichen. Das wollte ich tun, die anderen Dinge lassen wir sein. Dankeschön.

Silvia Stucki, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende. Ich will mich kurzhalten. Ich habe Ihnen ja versprochen, dass ich Sie über meine Geschäfte immer auf dem Laufenden halte. Ich mache es jetzt wirklich kurz. Ein Geschäft, welches schon in vieler Munde ist, wir haben heute Abend auch schon darüber gesprochen, ist die Schulraumplanung. Daher ganz kurz: Die Nutzergruppe sass partizipativ in einem zweiten Workshop noch einmal zusammen mit der Idee, dass die Umsetzungsvariante betreffend der fünf Punkte des Gemeinderats, Einsehen und Erarbeiten, Diskutieren, Ideen Zusammentragen. Gestern Abend hat im Steuerungsausschuss die erste Sitzung stattgefunden. Wir benötigen aber auch eine Folgesitzung, weil das Zusammenführen, das Priorisieren uns mehr Zeit kostete als wir dachten. Die gute Nachricht ist, wir sind immer noch auf Kurs mit dem Zeitplan. D.h. wir

haben im Steuerungsausschuss anfangs Mai die nächste Sitzung, danach den dritten Workshop mit allen Nutzergruppen, so dass wir denken, wir werden Ihnen noch ein Resultat vorlegen können. Aber, wir müssen wirklich sagen, wenn noch etwas dazwischenkommt, unvorhergesehen, man weiss ja in der heutigen Zeit nie so recht, dann ist dieser sportliche Fahrplan, auch mit einem Sportlehrer im Team, leider nicht mehr durchführbar. Ich bitte Sie dann um Verständnis. Wir möchten aber alles daranlegen, dass das weiterhin möglich ist. Besten Dank.

FRAGESTUNDE

Christian Kellermann, Präsident: Meine Damen und Herren, die Fragen, die eingereicht wurden, würde ich beliebt machen, dass wir sie das nächste Mal behandeln, das wäre dann in drei Wochen. Die weiteren Traktanden werden wir auch auf das nächste Mal verschieben.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Wird die ganze Fragestunde auf die nächste Sitzung verschoben?

Christian Kellermann, Präsident: Richtig, ja.

Christian Kellermann, Präsident: Ich habe das beinahe noch vergessen, die Interpellation, für deren Dringlichkeit wir heute gestimmt haben, sollten wir auch noch schnell machen. Äxgüsi, ich möchte das nicht vorenthalten. Es geht um die dringliche Interpellation, Geschäft 4557, Entscheidungsgrundlagen Abbruch Schulzentrum Neuallschwil. Wer vom Gemeinderat hat... es ist Robert Vogt. Ich darf ihm das Wort erteilen.

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Ich habe eine Antwort von ungefähr 15 Minuten vorbereitet, [Gelächter] einfach so viel im Voraus. Der Entscheid, ob die Schulanlage Neuallschwil rückgebaut werden soll oder nicht, haben wir nicht isoliert betrachtet, sondern sehr umfassend. Wir haben es auch mit Blick auf die zukünftige Immobilienstrategie genau betrachtet. Dabei haben wir berücksichtigt, dass wir erstens den Schulraumbedarf mit dem momentan feststellbaren, stark wachsenden Schülerbedarf decken können. Zweitens haben wir einen Ressourcen schonenden Umgang mit den knappen Landreserven berücksichtigt. Wir haben drittens den baulichen Zustand im Hintergrund der Lebenszykluskosten angeschaut, und viertens haben wir natürlich die schulisch-pädagogischen Anforderungen des heutigen Schulhauses genau betrachtet. Aus diesen Anforderungen kann ich dann auch die Antworten geben auf die Fragen, die Andreas Bärtsch in der Interpellation gestellt hat.

1. Aufgrund welcher Untersuchungen wurde entschieden, die Schulanlage Neuallschwil zurückzubauen?

Die Grundlage war, dass wir eben nicht sanieren wollen, sondern rückbauen, weil die bautechnischen Zustandsuntersuchungen und Kostenschätzungen ergeben haben, dass ein Umbau viel teurer gewesen wäre, als ein Neubau. Zudem hat man gesehen, dass die Erbebenertüchtigung, ich habe es schon erwähnt, auch beim Schulzentrum haben wir diese Analyse machen lassen, ein erheblicher Aufwand gewesen wäre. Drittens, das ist nicht unwesentlich, auch die ökonomische Untersuchung zwischen Erneuerung und Rückbau hat gezeigt, dass es teurer wäre, das habe ich zuvor schon erwähnt. Damit war für den Gemeinderat klar, weil es eben aus schulischen, aus baulichen und aus finanziellen Gründen keinen Sinn macht, dass wir einen Rückbau ins Auge fassen und einen Neubau erstellen müssen.

2. Welche Kriterien haben den Ausschlag gegeben, die Schulanlage zurückzubauen und nicht zu ertüchtigen?

Die Variante Neubau ist mit Option auf Erweiterung auch aus schulischer Sicht ganz klar besser, weil man dann Gruppenräume einrichten kann, die im heutigen Massivbau der Grundstrukturen eben nicht so locker möglich wären. Sie sehen, auch dies ein weiterer, wichtiger Grund. Bei den schulischen Aspekten haben wir gesehen, dass eine Sanierung diese Verhältnisse nicht zuwege bringen könnte und dass die Anforderungen der Musikschule mit der heutigen Aula völlig unbefriedigend sind. Und dass, wenn wir an Umbauten denken, es sehr begrenzte Möglichkeiten gibt, weil die Tragstruktur dies einfach nicht erlaubt. Bei den finanziellen Aspekten ist es so, dass 22 Klassen untergebracht sind. Bei den Sanierungskosten, weil man quasi von Grund auf bis auf den Rohbau alles hätte rückbauen müssen, gehen wir von 50 Mio. Franken aus. Dies hat ein Bericht der Firma - weiss ich nicht mehr - erge-

ben. Im Zug der Schulraumplanung steht demgegenüber ein Bedarf, der etwas grösser ist, in der 26 Klassen angemeldet sind. Der Gemeinderat kann das auch schätzen. Lustig ist, dass trotz der Mehrklassen man den Neubau nur auf 50 Mio., also gleich teuer wie die Sanierung, schätzen würde. Also der Mehrbedarf bei kleineren Kosten. Dadurch wurde dem Gemeinderat klar, dass wenn der Lebenszyklus dieses Schulhauses schon weit fortgeschritten ist und die Grundsubstanz nicht geeignet ist, in einen neuen Lebenszyklus zu führen, das Schulhaus man deshalb rückbauen muss.

3. Sind die aus dieser Entscheidung entstehenden Kosten für die anfallenden Provisorien und die geplanten Neubauten im aktuellen Investitionsplan berücksichtigt?

Ja, das gilt für den Neubau selbstverständlich und den Rückbau, das ist im Investitionsplan voll abgebildet. Nicht aber die Provisorien. Provisorien werden mit dem laufenden Budget und der Erfolgsrechnung abgebildet, weil man dort nicht von Investitionen spricht, da es nur Übergangslösungen sind. Daher kann ich auch hier anmerken: Der Gemeinderat versucht eine Lösung zu finden, die wir Ihnen bald präsentieren werden, bei denen möglichst wenig Provisorien erstellt werden müssen.

4. Wie stellt sich der Gemeinderat zum Sachverhalt, dass im Kanton Basel-Stadt im Rahmen der laufenden Umstellung der Bildungslandschaft sämtliche, bestehenden Schulhäuser erhalten und den neuen Gegebenheiten in Bezug auf Energiestandard, Raumbedarf und Nutzerwünschen mittels Umbaumaassnahmen im Bestand angepasst wurden?

Hier lautet die Antwort, dass der Gemeinderat sich diesem Unterschied bewusst ist. In Basel-Stadt hat man aber im Unterschied zu Allschwil sehr stark denkmalgeschützte Aspekte. Daher sind dem Kanton Basel-Stadt die Hände sehr stark gebunden. Bei uns ist es so, dass das Schulzentrum Neuallschwil keinem Schutz unterliegt und wir wirklich freie Hand haben, um es rückzubauen.

5. Hat der Gemeinderat in seiner Entscheidung auch den Blickwinkel der Nachhaltigkeit miteinbezogen? Wenn ja, welches sind die Erkenntnisse daraus? Wenn nein, warum nicht?

Der Gemeinderat kennt und anerkennt diese Grundsätze und die Bedeutung einer nachhaltigen Entwicklung mit den drei Dimensionen Wirtschaftlichkeit, Gesellschaft und Umwelt, wie es sich in den Massnahmen des Leitbilds Zukunft Allschwil auch zeigt. Das Leitbild ist und wird auch bei der Schulraumplanung berücksichtigt bis hin zu den Vorschriften, die selbstverständlich auch alle eingehalten werden sollen. Bei der Schulraumplanung ist man sich bewusst, dass es wegen der schulischen Anforderungen und der Mehrkosten und der Aspekte, die wir wirklich untersucht haben, klar ist, dass auch aus Nachhaltigkeitsgründen mit den drei Aspekten viel geschickter und nachhaltiger ist, es durch einen Neubau mit sehr viel besserer Qualität zu ersetzen. Daher ist der Gemeinderat der Meinung, dass es auch aus der Sicht der Nachhaltigkeit die bessere Variante ist.

Aufgrund all dieser Ausführungen bitte ich Sie, diese dringliche Interpellation als erledigt abzuschreiben.

Christian Kellermann, Präsident: Ich frage den Interpellanten an, ob diese Antworten zufriedenstellend waren?

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen. Robi Vogt, herzlichen Dank für diese sehr ausführlichen Informationen. Sie helfen uns in diesem Prozess, in den wir dank der monatlichen Mitteilungen von Silvia Stucki mittlerweile sehr gut integriert sind, weiter, um auch richtig gewichten zu können und dann, wenn wir über das Schulhaus diskutieren, hoffentlich nicht solche Diskussionen führen zu müssen, wie wir sie heute geführt haben, sondern wir dann den richtigen Background haben. Mich würde es schon noch interessieren und vielleicht mache ich auch noch einen Vorstoss dazu: Du, Robi, hast gesagt, dass ihr mit den Provisorien kommen werdet, denn das ist natürlich schon wieder nicht mit denselben Ellen gemessen, wenn man zwei Projekte vergleicht und die benötigten Provisorien nicht dazu nimmt, um das eine Projekt zu erstellen. Das ist aber nun nur am Rande erwähnt. Ich danke ganz herzlich für die prompte und sehr ausführliche Beantwortung und auch dafür, dass ihr sie schriftlich verfasst habt, damit man sich in Ruhe einlesen kann und damit eine Gedankenstütze hat. Herzlichen Dank.

Christian Kellermann, Präsident: Es findet eine Diskussion statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Liegt ein Gegenantrag vor? Wenn nicht, ist die Rednerliste eröffnet.

Robert Vogt, Gemeinderat: Vielen Dank, geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Nur eine kurze Antwort. Provisorien werden selbstverständlich auch nötig, wenn wir das Schulzentrum Neuallschwil sanieren würden. D.h. das ist kostenneutral.

Matthias Häuptli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Mir ist bei der Kostenschätzung einfach aufgefallen, dass die Kosten für den Neubau für 26 Klassen mit 50 Mio. vergleichsweise günstig sind, im Vergleich zu diesem Bau hier, wo wir uns befinden. Dieser wurde für 24 Klassen gebaut und hat ca. 70 Mio. gekostet. Die Differenz liegt natürlich sicher irgendwo, z.B. in diesem Raum hier, in dem wir sitzen. Ich weiss nicht, ob das alles ausmacht. Könnte der Gemeinderat dazu noch etwas sagen?

Robert Vogt, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Vielen Dank für die ergänzende Frage. Selbstverständlich gibt es bei diesem Schulhaus Gartenhof eine ganz andere Kostenrechnung. Erstens haben wir im 69 Mio.-Antrag einen Landabtausch im Bachgraben von 10 Mio. finanziert, was schon mal ein grosses Teilstück ausmacht. Der Bau selbst hat nur mit ca. 50 Mio. Franken niedergeschlagen. Dieser umfasst auch eine Dreifachturnhalle, einen schönen, grossen Saal, wie wir hier sehen, einen Gymnastikraum. Wir haben hier viel mehr für den Gegenwert. Man muss immer Gleiches mit Gleichem vergleichen. Noch ein kleiner Hinweis: Man kann Schulhäuser ganz einfach schätzen über Anzahl Klassen mal Einheitsbetrag. Das ist bei einem Neubau relativ gut zu schätzen.

Christian Kellermann, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit zählt diese Interpellation als beantwortet und erledigt.

Wir sind am Ende dieser Einwohnerratssitzung angekommen. Ich danke für die regen Gespräche und auch fürs Aushalten und wünsche euch eine ganz gute, restliche Woche. Bitte schaltet die Mikrophone aus, indem ihr drei Sekunden lang auf die Sprechaste drückt. Damit erleichtert ihr uns schon mal eine grosse Arbeit. Schönen Abend und eine gute Zeit!

ENDE DER SITZUNG 21.20 UHR

<p>Aufgrund der aktuellen Situation des Coronavirus, wird die Einwohnerratssitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt!</p>
